Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 163. Montag, den 15. Juli 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Flottenrüsten und Proletariat.

Wir haben kürzlich die Flottenpropaganda, die in dem neuesten halbamtlichen Flottenhandbuch für 1912, dem bekannten „Nautikus“, geübt wird, in einem Leitartikel ein wenig unter die kritische Lupe genommen. Heute sei abermals eins jener Argumente ein wenig näher untersucht, das in dem dickleibigen offiziösen Werke eine hervorragende Rolle spielt und von der für Welt- und Flottenpolitik schwärmenden kapitalistischen Presse unbesehen übernommen worden ist. Es handelt sich freilich um kein neues Argument, vielmehr um die famose Beweisführung, daß die Arbeiterklasse doch schon deshalb nicht gegen die Flottenvermehrung eintreten dürfe, weil ja in den Ausgaben für Schiffsmaterial aller Art, für Panzerplatten, Geschütze, Munition usw. ein erheblicher Teil von Arbeiterlöhnen stecke. Das Flottenrüsten gewähre also vielen Tausenden von Arbeitern Arbeitsgelegenheit — deshalb liege schließlich das Wettrüsten im ureigensten Interesse der Arbeiterklasse selbst!

Es handelt sich hier um das uralte Anekdötchen für Leute, die nicht denken können, und die man auch mit dem Argument zu ködern versucht hat: Ihr Arbeiter habt ein Interesse an einer Verstärkung des Militarismus, denn je mehr Soldaten eingestellt und auf Staatskosten gefüttert werden, desto geringer wird das Angebot auf dem Arbeitsmarkt, desto günstiger werden Eure Lohnchancen. Auf den Leim kriecht nun freilich schon längst kein normaler Arbeiter mehr. Weiß das Proletariat doch nur zu gut, daß für jeden deutschen Proletarier im „vornehmsten Rock“ von den verschiedensten Unternehmerorganisationen, der „Feldarbeiterzentrale“ usw., schleunigst ein rechtloser Ausländer nach Deutschland importiert wird. Sind doch allein von dieser Seite im letzten Jahre nicht weniger als 700 000 Ausländer nach Deutschland eingeführt worden, nicht nur Landarbeiter, sondern auch mehrere hunderttausend Industriearbeiter, die ja, weil sie von den dem Ausbeutertum so willfährigen Behörden jederzeit wieder über die Grenze abgeschoben werden können, von den Unternehmern als Lohndrücker und Sprengkolonnen gegen die Gewerkschaften ganz besonders geschätzt werden. Aber auch davon abgesehen, schon der Gedanke: Wer hat denn letzten Endes den Unterhalt der Soldaten zu bezahlen, liegt der Arbeiterklasse viel zu nahe, als daß sie noch auf den Gimpelfang unserer Militaristen hereinfallen könnte. Denn sie weiß, daß das Volk der Arbeit die Lasten für die Rüstungen zum allergrößten Teil zu tragen hat, da ja das System der volksausplündernden indirekten Steuern im Deutschen Reiche mit unvergleichbarer Virtuosität ausgebaut ist. Und schließlich, um noch ein Moment aus allerneuester Zeit hinzuzufügen: wenn wirklich eine Überproduktion an Menschen und Arbeitskräften vorhanden wäre, warum heulmeiert denn dann unsere Ordnungspresse so furchtbar über die Abnahme der Geburten? Wenn es darauf ankäme, die Armee der produktiv Schaffenden möglichst klein zu erhalten, so wäre doch die Abnahme der Volksvermehrung geradezu das soziale Allheilmittel!

Wer aber auch nur in die Geheimnisse des Einmaleins eingedrungen ist, weiß nur zu gut, was von dem famosen Scheingrund zu halten ist, daß das Flottenrüsten im Interesse der Arbeiterklasse liege, weil ja ein Teil der maritimen Rüstungsausgaben schließlich wieder aus Arbeiterlöhnen bestehe. Ja, wenn nun aber die Arbeiterklasse selbst nicht nur diese Arbeiterlöhne bezahlen, sondern obendrein auch noch für die Profite der Panzerplatten- und Kanonenfabrikanten und all jene anderen ungeheueren Ausgaben aufkommen muß, die bei dem Flottenrüsten einfach ins Wasser geworfen werden? Was würde wohl ein Kapitalist, etwa ein Kaufhausbesitzer, sagen, wenn man ihm als rationell und nutzbringend empfehlen wollte, tausend Proletariern ohne Gegenleistung die Unterhaltungskosten zu bezahlen, damit diese tausend von ihm Unterhaltenen dann einen Teil der von ihm gezahlten Rente bei ihm wieder in Waren anlegen möchten! Er würde den Mann, der ihm etwas derartiges anpreisen wollte, für reif fürs Irrenhaus erklären!

Schon Parvus hat in seiner 1907 erschienenen Broschüre „Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch“ das Tollhäuslerische der Empfehlung der Rüstungen als eines Mittels zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit trefflich gekennzeichnet. Er schrieb da:

„Das gibt, erklären diese Arbeiterfreunde, Beschäftigung für viele Arbeiter. Allerdings, jedoch Beschäftigung für Arbeiter geben ja auch die Ausgaben für Heer, überhaupt alle Ausgaben, die vom Staat gemacht werden. Denn das Geld selbst vermag doch nichts hervorzuzaubern. Das Geld ist nur eine Anweisung auf Arbeit. Wenn man dem Staat soundsoviel Steuern oder Anleihen bewilligt, so bedeutet das nichts anderes, als daß man ihn in den Stand setzt, für seine Zwecke soundsoviel Waren zu kaufen oder Arbeiter zu beschäftigen. In solchem Sinne dienen auch die Kriegsausgaben dazu, um Arbeiter zu beschäftigen: indem für dieses Geld das Getreide den Bauern abgekauft wird, alle anderen Lebensmittel den resp. Lieferanten, ferner Kleidung, Munition usw. Das Pulver, das man verschießt, sei es im Kriege oder bei Paraden oder in Feuerwerken — es gibt Arbeit, gibt Beschäftigung. So ist es aber nicht nur mit dem Staat, sondern mit jeder Geldausgabe, und wäre es die tollste Verschwendung. Darin liegt ja die Macht und der Fluch des Geldes, daß, wer es hat, damit nach seiner Laune Arbeiter „beschäftigt“, indem er jene oder diese Warenbestellungen macht. Der reiche Protz vermag nicht nur seine eigene Zeit totzuschlagen, sondern auch die Arbeitszeit vieler rechtschaffener Menschen zu vergeuden. Wer Champagner säuft, bezahlt den Gastwirt, den Kellner, den Weinhändler, den Weinbauer, den Flaschenfabrikanten usw. Stets behaupteten deshalb die Reichen, es sei zum Wohle des Volkes, wenn sie sich den Bauch mit Leckereien vollstopfen — wovon würden sonst die Kuchenbäcker leben? Ähnlich der Staat bei jeder Verschwendung von Geld und Arbeit des Volkes. Was man dabei nicht sehen will, ist, daß das Geld auch in den Händen des armen Mannes, des Steuerzahlers nicht verrostet. Der Arbeiter, der Bauer wüßten schon, was sie mit ihrem Geld anfangen sollten, wenn der Staat es ihnen nicht als Verbrauchssteuern und sonstigen Abgaben abgenommen hätte. Den Massen des deutschen Volkes fehlt schon mancherlei, es ist mancherlei, was die deutsche Arbeiter-, Handwerker- oder Bauernfamilie braucht und nicht hat! Hätte man nicht soviel Steuern an den Staat abzuliefern gehabt, so würde man sich öfter ein Kleidungsstück angeschafft haben, für das sich, wie man weiß, nur allzuleicht in jeder Familie ein Bedarf herausstellt, oder der Arbeiter und Handwerker sähen um ein paarmal im Monat öfter Fleisch auf dem Tisch, und auch der Bauer wäre eher imstande, ein Schwein aufzufüttern, und brauchte nicht die Ferkel im Sacke nach dem Markt zu tragen, um ein paar Mark herauszuschlagen, die er zur Steuer- oder Zinszahlung braucht. Erhält die Regierung die vielen Millionen für Marinezwecke, so wandern diese Geldsummen in die Kruppschen Hütten, in die großen Schiffswerften u. s. w., werden für dicke Stahlplatten, Kanonen, Dynamit, Kohle, Marinezwieback, Werg, Talg, Teer, zur Bezahlung der Rechnungen der deutschen Marineoffiziere in den chinesischen Teehäusern und der deutschen Marinesoldaten in den chinesischen Bordellen verwendet, — bleiben aber die Millionen in den Händen des deutschen Volkes, so bekommen die Konfektionsarbeiter, die Textilarbeiter was zu tun, der Schneider, der Schuhmacher, der Bäcker, der Krämer, der Metzger! Ist es wichtiger, daß jeder im Volke einen Rock auf dem Leibe hat — oder daß die Schiffe dicke Panzerplatten erhalten?“

Nicht nur nicht „verrosten“ würde, um den Ausdruck von Parvus zu gebrauchen, das Geld in den Händen der Volksmassen, das nicht bei dem uferlosen Wettrüsten milliardenweise für die kulturwidrigsten Zwecke vergeudet wird, sondern es würde sowohl zur Verbesserung der traurigen Lebenshaltung des darbenden, von Kultur- und Lebensgenuß ferngehaltenen Proletariates dienen, als auch, sofern es von Staats wegen zu Kulturzwecken verausgabt würde, unendlichen wirtschaftlichen und kulturellen Segen verbreiten können. Was könnte — wenn nur 50, nur 30, ja 20 Prozent der unzähligen Millionen, die jährlich der Moloch des Wettrüstens auffrißt, für Kulturzwecke verausgabt würden — für die Verbesserung des Verkehrs, für die Errichtung von Krankenhäusern und Erholungsheimen, von Schulen und Kindergärten, von Theatern, Kunst- und Bildungsstätten aller Art geleistet werden! Nicht also eine Erweiterung der Produktion für Kulturzwecke, sondern eine skandalöse Einschnürung der Produktion bedeutet das Wettrüsten, das lediglich im Interesse des Ausbeutertums liegt, das ja das Proletariat durch hygienische und Kulturwohltaten und -Fortschritte nicht allzusehr „verwöhnen“ mag. Diese politischen und ökonomischen Zusammenhänge legt Genosse Kautsky in seiner Broschüre „Sozialismus und Kolonialpolitik“ in vortrefflicher Weise klar, wenn er schreibt:

„Die Einschnürung der Produktion ist aber nicht die einzige Methode, durch die sich die Kapitalistenklasse der unangenehmen Notwendigkeit zu entziehen sucht, die vermehrte Produktivität der Arbeit zur Vermehrung der Konsumgüter der Arbeiterklasse anzuwenden. Sie sucht auch die überschüssigen Produkte ihrer Betriebe loszuwerden durch ihre Verschwendung. Eine sehr wirksame Methode dafür ist das Wettrüsten zu Wasser und zu Lande, die Kombination von Militarismus und Marinismus, die seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu immer enormeren Dimensionen anschwillt. Das Genie der Erfinder wird dadurch immer mehr von dem Gebiet der Produktivkräfte auf das der Zerstörungkräfte gelenkt; dank dem wachsen immer mehr die Massen dieser Zerstörungskräfte, aber auch die Massen der Abwehrkräfte, die ihnen entgegengesetzt werden, verkürzt sich aber auch immer mehr der Zeitraum, innerhalb dessen die einzelnen Zerstörungs- und Abwehrmaschinen überholt und durch wirksamere ersetzt werden, die nun aufs schleunigste massenhaft zu fabrizieren sind; es wachsen immer mehr die Menschenmassen, die durch die Produktion und Bedienung dieser Maschinen der Produktion für den Konsum der Arbeiterklasse entzogen werden. Es wachsen aber auch ins ungeheuerliche die Zerstörungen, die hereinbrechen, wenn einmal dieser riesenhafte Vernichtungsmechanismus zu wirklicher Anwendung kommt.

Noch nie hat die Menschheit ein scheußlicheres und kolossaleres System der Einengung der Produktivkräfte gesehen wie dieses. Keine frühere Produktionsweise hätte auch nur annäherd etwas ähnliches ausgehalten. Die kapitalistische Produktionsweise aber ist so weit gediehen, daß sie dieses Wahnsinns bedarf, soll sie ihre Ausbeutung der arbeitenden Massen weiter fortführen können. Die Kapitalisten gedeihen dabei und fördern daher das Wettrüsten auf jede Weise, das nie solchen Umfang hätte annehmen können, wenn sie die Mittel dazu verweigerten.“

Nicht im Interesse des Proletariats liegt also das System des Wettrüstens, sondern in dem der ausbeutenden Klassen, denen die Rüstungspolitik nicht nur die Möglichkeit bietet, sich auf Kosten des arbeitenden Volkes zu bereichern, sondern auch das einzige noch in Frage kommende Mittel, dem kapitalistischen Ausbeutungssystem noch seine Sündenfrist zu verlängern!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Nicht ruhebedürftig.

Von dem Chef des Großen Generalstabes, General v. Moltke, war behauptet worden, daß er sich danach sehne, in den Ruhestand zu treten. Diese Meldung wird nunmehr in aller Form dementiert, was im Interesse der Steuerzahler nur zu begrüßen ist.

Schwindel oder Versuchsballon?

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ des Herrn Viktor Schweinburg haben vor einigen Tagen die Meldung über die neuen Steuervorschläge gebracht und nach der ganzen Aufmachung der Notiz konnte man annehmen, daß sie aus dem Reichsschatzamt stamme. Nun bringen aber bürgerliche Blätter verschiedener Parteirichtung eine Darstellung von unterrichteter Seite, die folgenden Wortlaut hat:

„Eine Berliner Korrespondenz hat Mitteilungen über die Entwürfe gemacht, die das Reichsschatzamt voraussichtlich den verbündeten Regierungen für eine allgemeine Vermögenssteuer zur Beschlußfassung unterbreiten würde. Ein Teil der Presse hat diesen Ausführungen einen halbamtlichen Charakter beigelegt oder ihren Ursprung mindestens auf Orientierungen der in dieser Frage zuständigen Ressorts zurückgeführt. Beide Annahmen sind durchaus unberechtigt. Wenn die Korrespondenz behauptet, das Reichsschatzamt würde den verbündeten Regierungen den Entwurf einer Reichsvermögenssteuer mit verschiedenen Varianten neben Entwürfen für die Einführung von Erbschaftssteuern vorlegen, so geht schon hieraus hervor, daß keine über die Entstehung von Gesetzentwürfen unterrichtete Stelle an den Ausführungen der Korrespondenz beteiligt sein kann. Denn bekanntlich geht jeder Einbringung einer Vorlage im Bundesrat eine Beschlußfassung des preußischen Staatsministeriums voraus. Daß es sich bei dieser Beschlußfassung aber nur um einen feststehenden Entwurf und nicht um ein Sortiment von Vorlagen zur beliebigen Auswahl handeln kann, ist selbstverständlich. Auch die Angabe, daß es sich unter anderem um eine Reichsvermögenssteuer handeln würde, deutet ohne weiteres darauf hin, daß es sich nicht um Ausführungen handelt, die auf eine unterrichtete Stelle zurückzuführen sind. Denn es ist durch keine irgendwie geartete Verlautbarung bekannt geworden, daß die Bundesregierungen von ihrem übereinstimmend ablehnenden Standpunkt einer Reichsvermögenssteuer gegenüber selbst mit irgendwelchen Varianten abgekommen sind.“

Entweder haben sich die betriebsamen „Berliner Politischen Nachrichten“ die ganze Geschichte aus den Fingern gesogen oder Herr Schweinburg hatte den Auftrag bekommen, einen Versuchsballon steigen zu lassen, um einmal zu sehen, welche Aufnahme diese oder jene

Steuer in der Öffentlichkeit findet. Die „Kreuzzeitung“ hätte sich also die Mühe sparen können, in einem Leitartikel von beängstigender Länge nachzuweisen, daß neue Steuern überhaupt nicht notwendig sind.

Religionszwang in der Volksschule.

Die Schulverwaltung der Stadt Elberfeld hat, wie wir kürzlich mitteilten, angeordnet, daß Kinder nicht zu bestrafen sind, wenn sie die Schulmesse versäumen und dies auf Veranlassung der Eltern getan haben. Die klerikale „Germania“ findet es nun, wie sie versichert, auch in der Ordnung, daß Kinder nicht für die „religiöse Gleichgültigkeit“ der Eltern zu büßen haben. Dafür aber will das fromme Blatt die Eltern selbst in Strafe nehmen:

„Dagegen wäre es wirklich notwendig, daß diese (die Eltern) für den Fall, daß sie ihre Kinder von der Schulmesse fernhalten, selbst zur Verantwortung gezogen würden, wie sie ja auch für schuldbare Schulversäumnisse ihrer Kinder haften müssen. Die Schulmesse ist mit dem ganzen Schulbetrieb so innig verwachsen, daß ein christlicher Staat, dem naturgemäß an der Erhaltung der christlichen Schule sehr viel gelegen sein müßte, an dem Verhältnis nicht rütteln, ja es vielmehr nach Kräften erhalten und fördern sollte. Der obige Bescheid der Schulverwaltung bezw. der Regierung läßt die Frage offen, ob man in Preußen schon so liberal geworden ist, daß man religionsfeindlichen Eltern ohne weiteres das Recht einräumt, ihre Kinder von der Schulmesse fernzuhalten.“

Es kommt der „Germania“, wie man sieht, nicht darauf an, den Eltern gegenüber, die nicht auf dem religiösen Standpunkt der „Germania“ stehen, Zwang anzuwenden und ihnen das Verfügungsrecht über ihre Kinder streitig zu machen, dasselbe Verfügungsrecht, das die „Germania“ so energisch fordert, wenn es sich um die katholische Erziehung der Kinder handelt. Als jüngst von der preußischen Regierung verordnet wurde, daß zur Erziehung der Kinder in ausländischen Anstalten Genehmigung notwendig ist, bestritt die „Germania“ in gröbster Form der Regierung das Recht, in die elterlichen Rechte auf die Erziehung der Kinder einzugreifen. Allerdings kommen hier zumeist die Kinder begüterter Katholiken in Frage, die in ausländischen Jesuitenanstalten erzogen werden. Den Eltern gegenüber, die ihre Kinder von dem Religionszwang und insbesondere von der sogenannten Schulmesse in grauenden Morgenstunden fernhalten wollen, möchte die „Germania“ die Staatsgewalt in brutalster Weise mobil machen. Jesuiten-Moral!

Vor dem „Waffenstillstand“.

Als Ende Mai von Rom aus das Schweigegebot an die klerikale Presse in Sachen des Gewerkschaftsstreits erging, da wurde gemeldet, daß die antibachemische „Kölner Korrespondenz“ eine bereits fertiggestellte Nummer (27) nicht versandt habe und daß sie nur in die Hände weniger Privatpersonen gekommen sei. Ein günstiger Zufall hat uns in den Besitz eines Exemplars der zurückgehaltenen Ausgabe gebracht. Sie enthält vier Artikel, die sämtlich zu dem Streit Stellung nehmen. In dem ersten wird scharf der schroffe Unterschied in den beiden päpstlichen Telegrammen an „Trier-Berlin“ und „Köln-Gladbach“ hervorgehoben. Es wird festgestellt, daß „der Papst dem Vertreter des Berliner Verbandes (Pfarrer Beyer) geantwortet hat“: . . . „Die München-Gladbacher Richtung der sogenannten christlichen Gewerkschaften mißbillige er und erkenne sie nicht an, weil ihre Grundsätze falsch seien. . . . Er, der Papst, wünsche, daß alle Organisationen katholischer Arbeiter mit dem Berliner Verbande übereinstimmen“. Damit sei „die Entscheidung in der Gewerkschaftsfrage gefallen, wenn auch nicht offiziell, so doch klar und deutlich.“

In einem anderen Artikel heißt es: „Der langjährige Streit ist zugunsten „Berlins“ entschieden.“ Aber die geistigen Leiter der christlichen Gewerkschaften, fast ausschließlich Katholiken, zum Teil sogar katholische Geistliche, würden „sich an der so klaren päpstlichen Stellungnahme vorbeidrücken“. Dann heißt es weiter: „Bisher haben sie . . . die Ausrede gebraucht, der einzelne Katholik könne im Einklang mit seiner Weltanschauung wirken, die Organisation als solche aber brauche nicht auf katholischer Basis zu stehen. Diesen unehrlichen Trick, mit dem bisher Millionen genasführt wurden, hat jetzt der Papst selbst entlarvt. Sie werden jetzt voraussichtlich zu einem anderen Trick greifen; mit dem sie nicht bei den Massen, wohl aber bei den Bischöfen und in Rom selbst operierten: die katholischen Arbeiterscharen hätten sich nun einmal den christlichen Gewerkschaften angeschlossen, mache man sie davon los, so würden sie in hellen Haufen zur Sozialdemokratie übergehen. Aber auch dieser Kniff wirkt nicht, Rom läßt sich nicht bange machen. Wir denken besser von unserer katholischen Arbeiterwelt als die christlichen Gewerkschaftsführer . . .“ Schließlich wird dann die Überzeugung ausgesprochen, daß, „wenn der Episkopat und der Klerus, unterstützt von einsichtigen katholischen Arbeiterführern, entschieden und konsequent die Weisungen des Papstes durchsetzen“, so werde „die große Mehrzahl unserer katholischen Arbeiter dem Papste Folge leisten.“ Besonders würden das die katholischen Arbeiter Westdeutschlands tun.

Ein ungenügendes Dementi.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt folgende amtliche Note: „Die in Hamburg-Berlin erscheinende Halbmonatsschrift „Die Zeitschrift“ veröffentlicht in Heft 20 vom 6. d. M. einen Artikel zur Emdener Hafenfrage unter der Überschrift „Kaiser und Hamburg gegen Preußen“. In diesem Aufsatz wird auf Seite 617 angeführt, Seine Majestät der Kaiser habe einen Teil seiner Kapitalien in Hapag- und Lloyd-Aktien angelegt. Weiter wird behauptet, der Besitz des Kaisers an Aktien der Hamburg-Amerika-Linie betrage 10—12 Millionen Mark. Diese Angaben sind unbegründet. Wir stellen fest, daß sich im Vermögen Seiner Majestät keine Aktien der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd befinden. Die aus der Überschrift des Artikels zu entnehmende bösartige Information, als ob der Kaiser hamburgische Interessen gegen Preußen begünstige, weisen wir auf das schärfste zurück.“

Hier wird wieder einmal Nebensächliches berichtigt, über die Hauptsache schweigt man sich aus. Wie Wilhelm II. seine Kapitalien anlegt, ist schließlich nicht von besonderer Bedeutung. Die Hauptsache ist eine Darlegung der Gründe, die dazu geführt haben, daß für Emden eine Auswanderungs-Konzession nicht erteilt wurde. Wie die „Post“ mitteilt, soll im Herbst diese Angelegenheit zum Gegenstand einer Interpellation im preußischen Landtage gemacht werden. Daß auch der Reichstag sich mit dieser Sache befassen muß, ergibt sich schon daraus, daß Gesuche um solche Konzessionserteilungen im Reichsamt des Innern und zwar durch den Direktor v. Jonquierres bearbeitet werden. Diesem Herrn ist zum Vorwurf gemacht worden, daß er einem Abgeordneten, der im Reichstag interpellieren wollte, davon abriet, „denn die Sache sei im besten Gange“. Dann aber hat der Bundesrat die Erteilung der Konzession verweigert. Den Direktoren der „Hapag“ ist direkt vorgeworfen worden, daß sie die Stadtverwaltung von Emden in einer Weise einzuschüchtern versuchten, die hart an Nötigung grenzt. Über all das weiß das Kanzlerblatt nichts zu sagen!

Die Budgetablehnung unserer badischen Landtagsfraktion

ist vom Genossen Kolb mit folgender Erklärung motiviert worden:

„Zu Beginn und Ende der Landtagssession hat die Regierung erklären lassen, daß sie die Mitglieder der Sozialdemokratie nicht auf allen Gebieten als gleichberechtigte Staatsbürger behandeln könne. Die verantwortlichen Minister verlassen durch diese Art der Bekämpfung der Partei den Boden der Verfassung. Die sozialdemokratische Fraktion hält unter diesen Umständen es für ein natürliches Gebot der Selbstachtung, wenn sie den schärfsten Protest dagegen durch Ablehnung des Finanzgesetzes zum Ausdruck bringt.“

Nach Kolb gab Landtagsabgeordneter Muser für die fortschrittliche Volkspartei eine Erklärung folgenden Inhalts ab: „Wir bedauern die Ablehnung des Budgets durch die zweitgrößte Fraktion des Landtages. Die Verantwortung dafür hat die großherzogliche Regierung zu tragen, die es leider nicht über sich gebracht hat, der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber diejenige Haltung einzunehmen, die vorgezeichnet war durch die bei Beginn des Landtages am 29. Januar 1912 vom Abgeordneten Kolb abgegebene parteioffizielle Erklärung, sie stände „auf dem Boden der Verfassung“, sei „eine Reformpartei, die auf allen Gebieten konsequente Reformarbeit leisten wolle und den allerbesten Willen habe, positiv mitzuarbeiten.“ Man hätte erwarten dürfen, daß auch die großherzogliche Regierung den größten Wert darauf legen würde, die sozialdemokratische Fraktion zur Beharrung auf einem Wege zu ermuntern, der im Interesse einer gesunden politischen und sozialen Entwicklung unseres Vaterlandes nur zu begrüßen ist. Statt dessen hat die großherzogliche Regierung dieser Partei, welche noch vor zwei Jahren für das Budget stimmte, den bedauerlichen Anlaß gegeben, diesmal das Finanzgesetz abzulehnen. Wir erklären, daß der mehrfach hervorgetretene Mangel an Rücksichtnahme auf die politische Konstellation und die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse im Lande und in der Zweiten Kammer von der großherzoglichen Regierung unseres Erachtens im Widerspruch steht zu der parlamentarischen Tradition in Baden und auf die Dauer nachteilig wirken muß.“

Weitere Erklärungen wurden nicht abgegeben. Bei der namentlichen Abstimmung wurde das Budget mit 53 gegen 19 sozialdemokratische Stimmen angenommen.

Verhältniswahl in Baden.

Die badische Regierung hat nach einer Meldung der bayrischen „Liberalen Landtagskorrespondenz“ der Abgeordnetenkammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, demzufolge für die fünf großen Städte Badens bei den Landtagswahlen das Verhältniswahlsystem eingeführt werden soll. Dabei soll Mannheim 6, Karlsruhe 5, Freiburg 3, Heidelberg 2 und Pforzheim 2 Abgeordnete erhalten.

Die Elektrisierung Bayerns.

In der bayrischen Abgeordnetenkammer wurde am Sonnabend die Diskussion über die Ausnutzung der Wasserkräfte, Elektrisierung der Bahnen und die Elektrizitätsversorgung des Landes beendigt. Die Minister verharrten dabei, daß man sich nicht überstürzen dürfe. Genosse Adolf Müller wies darauf hin, daß der bisherige Dezernent der Regierung in diesen Fragen, Herr Hülß, aus dem Staatsdienst in die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft übergetreten sei. Unser Redner, der gegen die „negativen Minister“ ernst und witzig polemisierte, bemerkte zu diesem Skandal: „Die Privatindustrie und der Elektrotrust haben sich eine Zeitlang sogar innerhalb der bayrischen Regierung einen vom Volke bezahlten Agenten gehalten, der heute die Interessen des bayrischen Staates verrät. Man glaube nur ja nicht, daß Herr Hülß nicht in der Lage wäre, dem Elektrotrust wertvolle Mitteilungen zu machen. Denn die Herren sind bei der Auswahl ihrer Agenten sehr geschickt, und so weiß Hülß sicher mehr von dem, was in den Büchern der Regierung und in den Köpfen manches ihrer Vertreter steht, als man sich träumen läßt.

Das bayerische Zentrum als Sachwalter des Privatkapitals.

Die Abgeordnetenkammer verhandelte am Freitag über den Ausbau der Wasserkräfte, die Elektrisierung der Bahnen und die Versorgung des Landes mit Eletrizität. Die heutige Regierung verschleppt den bereits 1910 vom Landtag beschlossenen Ausbau des Walchensees und läßt so den Elektrizitätstrust immer mehr auch nach Bayern eindringen. Im Reichsrat hat man die Regierung aufgefordert, das ganze Projekt aufzugeben und die Regierung hat auf diese Angriffe Erklärungen abgegeben, die nicht anders aufzufassen sind, als daß sie die Pläne grundsätzlich festhält, ihre Ausführung aber tatsächlich durch Verschleppung verhindert. Auch am Freitag entwickelte der Minister des Innern lediglich Grundsätze und kündigte langwierige Erwägungen an. Entschieden forderte der liberale Abg. Hübsch, endlich mit dem staatlichen Ausbau zu beginnen. Er regte auch an, den staatlichen Betrieben Aufsichtsräte beizugeben, in denen auch Abgeordnete vertreten seien. Für das Zentrum riet Herr Oser der Regierung, sich gar nicht zu überstürzen.

Die Unfähigkeit und Unlust der heutigen Regierung und des Zentrums, eines der wichtigsten Kulturwerke in Angriff zu nehmen, wurde vom Genossen Adolf Müller scharf kritisiert. Er erinnerte an die Begeisterung, die noch vor zwei Jahren für das Werk herrschte. Heute vertrete die Partei rein privatkapitalistische Interessen. Vom agitatorischen Standpunkt könne unsere Partei mit der Verschleuderung der Wasserkräfte zufrieden sein. Wir haben aber noch stets den grundsätzlichen Standpunkt vertreten, daß die Wasserkräfte durch den Staat ausgebaut werden sollen. Die Zentrumspresse hat die Schuld für die Verzögerung auf den früheren Verkehrsminister geschoben, der keine brauchbaren Vorarbeiten hinterlassen habe. Wir müssen unbedingte Klarheit über die Verhältnisse haben, ob tatsächlich der Vorwurf gegen den früheren Verkehrsminister berechtigt ist, daß er leichtfertig oder absichtlich Arbeiten verhindert oder vernachlässigt hätte, die jetzt neu und richtig gemacht werden müssen. Ist der Vorwurf berechtigt, so ergibt sich die Notwendigkeit, nachträglich dem früheren Verkehrsminister den Prozeß zu machen; ist er nicht berechtigt, dann muß er hervortreten und Stellung nehmen gegen die unkontrollierbaren Angriffe, die aus dem Dunkel gegen ihn erfolgt sind. Im Reichsrat, so fährt Gen. Müller fort, hat das Hauptprivatinteresse zur Ergänzung billiger Wasserkräfte den Kampf gegen die staatlichen Pläne geführt.

Während des Ausdrucks: Kammer der Aufsichtsräte wird der Redner vom Vizepräsidenten Frank gerügt, der außerdem es für unzulässig erklärt, ein Mitglied des Reichsrats als Interessenten zu bezeichnen. Gen. Müller wendet sich gegen die Unterbrechungen des Vizepräsidenten: „Sie können mir ja das Wort entziehen, wenn Ihnen meine durchaus sachlichen Ausführungen nicht passen.“ Redner schilderte dann die Ausbreitung des Elektrizitätskapitals, gegen die es nur eine einzige Rettung gibt, den staatlichen Ausbau der Wasserkräfte. Was man jetzt gegen die Elektrisierung der Bahn sagt, ähnelt dem, was man einst gegen den Bau von Eisenbahnen gesagt hat. Wenn die Presse sich gegen das Elektrizitäts-Kapital wendet, so aus dem einfachen Grunde, weil bis in hohe Kreise die Interessenten des Elektrotrusts tätig sind.

Zum Schluß verliest der Redner die Ausführungen des Ministerpräsidenten, die er als Professor in einem Buche niedergelegt hat, gegen die Macht des Kapitals, der gegenüber es Pflicht des Staates sei, Unternehmungen, welche ihrer Natur nach dem Interesse aller dienen sollen, selbst zur Ausführung zu bringen, statt sie privaten Gesellschaften zu ihren eigenen Vorteilen zu überlassen.

Der Verkehrsminister v. Seidlein antwortete, daß die Regierung an ihren Plänen festhalte, aber die Verhältnisse hätten sich geändert, die Dürre des vorigen Sommers hätte die Berechnungen umgestoßen; jetzt brauche man noch zwei Jahre, um den Plan neu auszuarbeiten. Der Minister von Soden beklagte sich, daß man seine Begeisterung für das Unternehmen bezweifle.

Der Zentrumsabgeordnete Steininger stellte sich zu dieser Frage, entgegen dem ersten Zentrumsredner, auf die Seite der Linken und protestierte energisch gegen die verdächtige Verschleppungspolitik. In einer persönlichen Bemerkung stellte Genosse Auer fest, daß Minister von Soden eine von ihm im Ausschuß getane Äußerung gefälscht verwendet habe.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 15. Juli.

Das Volksfest, der alljährlich wiederkehrende Jahrmarktstrubel, steht heuer im Banne der Hitze. Die Sonne meinte es gut schon mit allen denen, die Tag und Nacht zum Aufbau der Buden und Herrlichkeiten unter Verlust vieler Schweißtropfen beigetragen haben. Denn es ist einmal so auf der Welt: die meisten sehen nur das fertige Produkt und ahnen nicht, welch große Mühe es erfordert, um aus dem Nichts eine Welt zu schaffen, in der es weder Schmerz noch Klage gibt. Selbst wenn die vergnügten Menschlein nicht anspruchsvoll wären, sie müssen es werden bei dem immerwährenden Fortschritt der Technik, dazu ersonnen, die losen Groschen leichter aus der Tasche schlüpfen zu lassen. Wer etwas phantasiebegabt ist, kann den vor wenig Tagen noch unerreichbaren Wunsch für einen Pappenstiel erfüllt sehen und mit Zeppelin oder Bleriot frei in den Lüften schweben. Die Kraftkarussells umgeben sich mit einer Unmenge von Licht und Glanz, und drücken das bescheidene Pferdchendrehding in die Ecke. Vom Schein lebt die Welt! „Kunst und Wissenschaft“ haben ihre Breiter aufgeschlagen — den fremdklingenden Namen nach sind Künstler und Schausteller aller Zonen vertreten. Auch der „arme Bergmann“, ein Überbleibsel aus völlig unsozialer Zeit, zeigt wieder, wie vor einem Menschenalter auf jedem Jahrmarkt, das wunderliche Werk tief in der Grube, aus der die einen goldenen Lohn schöpfen, die andern kaputte Glieder zutage fördern. Und zwischen all dem „Schönen, Wahren, Guten“ Trompetenschall und Becherklang! Den armen Teufeln, die mit Hangen und Bangen den Volksfesttagen entgegensehen, die unter sturmschwachen Buden ihre Leidensgenossen bewirten, ist ein Extrataler zu gönnen, die Goldfüchse häufen sich dort hinten wo's glänzt und glitzert in den Truhen. Nur noch das „Wichtigste“ zu erwähnen: Der Festzug! Ein Kunterbunt von Kraut und Rüben und Schweinsbacken, Jungdeutschlandtümpelei und Fastnachtsfirlefanz — nichts Neues unter der Sonne, als „blaue“ Brüder in „roten“ Mützen — ein Witz bei der Hitz!

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im Juni 1912. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1911); es betrug die Zahl der

	Summe		auf 1000 Einwohner	
Eheschließungen	34	(50)	4,17	(6,19)
Geburten	183	(191)	22,41	(23,64)
Sterbefälle	144	(108)	17,63	(13,37)

Die Eheschließungen nahmen also gegen das Vorjahr um 16, die Geburten um 8 ab, und die Sterbefälle um 36 zu. Die natürliche Bevölkerungsvermehrung betrug demnach nur 39 (83) Köpfe. Unter den Geborenen waren 20 oder 10,93 Prozent (18 oder 9,42 Prozent) unehelich und 4 oder 2,24 Prozent (7 oder 3,67 Prozent) tot. Das Alter der Gestorbenen belief sich in 28 (19) Fällen auf unter 1 Jahr und ging in 24 (30) Fällen auf über 70 Jahre hinaus.

Todesursachen waren in 15 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane, in 13 Lungenschwindsucht, in 12 Lungenentzündung und in 9 Krebs und angeborene Lebensschwäche, Ansteckende Krankheiten führten 7 mal zum Tode, je 3 mal Keuchhusten und Diphtherie und 1 mal Masern. Zur Anzeige wurden 41 solcher Krankheiten gebracht) 19 mal Diphtherie, 17 mal Scharlach, 3 mal Typhus und je 1 mal Masern und Wochenbettfieber. Gewaltsamen Todes starben 15, davon 7 durch Verunglückung und 8 durch Selbstmord. Die Wanderungsbewegung endete mit einem Verlust von 404 Personen; 1360 Zuzügen standen 1764 Abzüge gegenüber. Im ersten Halbjahr 1912 betrug die Zahl der Eheschließungen 343 (336), der Geburten 1097 (1134), der Sterbefälle 842 (767); die natürliche Bevölkerungsvermehrung belief sich demnach nur auf 255 (367). Bei der Wanderungsbewegung ergab sich ein Verlust von 647 (781) Personen, (10 081 9365) Zuzügen standen 10 728 (10 146) Fortzüge gegenüber.

Die Rotlaufseuche auf dem Hofe des Arbeiters J. Bredberg, Glashüttenweg 15 b, ist erloschen.

Die Veranstaltung eines neuen Nordwestfluges in der Zeit zwischen dem 25. April und 25. Mai 1913 wurde Sonnabend in der Vorstandssitzung der Nordwestgruppe der Luftfahrvereine beschlossen. Für den Startbeginn ist Lübeck in Aussicht genommen.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfennig für je 20 Gramm) ist für die nächste Zeit folgende: „Kaiser Wilhelm der Große" ab Bremerhafen 16. Juli, „Kronprinzessin Cecilie" ab Bremerhaven 23. Juli, „Amerika" ab Hamburg 27. Juli, „Pennsylvania" ab Hamburg 29. Juli, „Berlin" ab Bremerhaven 3. August, „Kronprinz Wilhelm" ab Bremerhaven 10. August, „Kaiser Wilhelm II." ab Bremerhaven 13. Aug. (Postschluß nach Ankunft der Frühzüge). Alle diese Schiffe, ausgenommen „Pennsylvania", sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgelegenheit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk wie „direkter Weg" oder „über Bremen oder Hamburg" zu versehen.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 13. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 22½, Luft 20, morgens 10 Uhr: Wasser 23½, Luft 26; mittags 12 Uhr: Wasser 24, Luft 27; abends 6 Uhr: Wasser 24½, Luft 24 Grad Celsius.

Die Temperatur betrug am Sonntag, dem 14. Juli: morgens 6 Uhr: Wasser 22½, Luft 18; morgens 10 Uhr, Wasser 23½, Luft 24; mittags 12 Uhr: Wasser 24, Luft 26 Grad Celsius.

pb. **Verirrtes Kind.** Heute morgen ist in Nieder-Büssau ein 4—5 Jahre alter unbekannter Knabe zugelaufen. Der Knabe, welcher sich in Obhut des dortigen Gemeindevorstehers befindet, ist mit weißem Strohhut und blau gestreifter Marinebluse bekleidet.

pb. **Diebstähle.** In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend der vergangenen Woche wurden aus einer Fruchtbude vor dem Burgtor 3 Kisten verschiedene Schokolade, 1 Kiste mit Zigaretten, sowie eine Blechdose mit 6 Mk. Inhalt, bestehend aus 1-Pfennig-Stücken, gestohlen. — Einem Maschinisten ist am gestrigen Tage auf dem Festplatz seine Taschenuhr abhanden gekommen. Die Uhr, eine Anker-Remontoiruhr, trägt die Gravierung „Gewidmet vom Werkmeisterverband Lübeck, 14. 11. 1900." — In Israelsdorf wurde in der verflossenen Nacht mittelst Einbruchs eine goldene Damenuhr mit langer, goldener Kette gestohlen. Die Uhr trägt ein großes Monogramm S. R. Auf dem Schieber der Kette befinden sich 2 Opale und einige Perlen.

Preetz. Zur Schlachtergesellenbewegung in den Wurstfabriken. Die Preetzer Wurstfabrikanten verweigern ihren Gesellen wie bisher das Koalitionsrecht. Sie werden aber niemals erreichen, und wenn sie jeden Gesellen und jeden Tag den bekannten Revers unterschreiben lassen, die Organisation aus ihren Betrieben ganz zu entfernen. Dazu trägt schon die brutale Verweigerung dieses Rechts, die Mißachtung gegebener Gesetze bei. Dazu kommen die dort noch sehr im argen liegenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse, darunter das mittelalterliche Kost- und Logiswesen, auf die wir in den nächsten Tagen noch ausführlich zurückkommen. Nicht, wie die Allgemeine Fleischer-(Meister) Zeitung schreibt, die wüste Agitation des Zentralverbandes, sondern die elenden Verhältnisse mußten naturgemäß die dort Beschäftigten in die Organisation führen. Die schon vorhandenen Mitglieder bewegten sich etwas freier und dadurch wurde erreicht, daß sich fast sämtliche Gesellen im Laufe von 4 bis 5 Tagen dem Zentralverbande anschlossen. Ganz besondere Ursache war dazu aber auch die folgende „Bekanntmachung der aus zirka 7 bis 9 Mann bestehenden Brüderschaft", einem Vergnügungsverein. Aus dem Schreiben selbst ersieht man die geistigen Urheber und den Zweck dieser Mache und lassen wir es deshalb folgen:

„Schlachtergesellenbrüderschaft Preetz."

Zu unserer am Mittwoch stattgehabten Versammlung hatte der Verein Norddeutscher Wurstfabrikanten Gruppe 1 den Antrag eingebracht, daß sich der hiesige Vergnügungsverein „Schlachtergesellenbrüderschaft" in eine Brüderschaft meistertreuer Gesellen umwandeln möge, um bei ev. Reibereien mit dem Zentralverband auf Unterstützung der Brüderschaft rechnen zu können.

Der obengenannte Verein hat uns für den Fall weitgehendste Unterstützung zugesagt und wird bei evt. Streitigkeiten nur mit uns verhandeln.

Die Versammlung hat diesem Antrage einstimmig zugestimmt und ist darauf der Name des Vereins in

„Schlachtergesellenbrüderschaft Preetz"

umgeändert worden und hat unser § 1 folgenden Zusatz erhalten:

Zweck des Vereins ist:

Eine den Gesellenstand fördernde und das Handwerk erhaltende Organisation zu schaffen; er vertritt den Standpunkt, daß dieses bloß auf staatserhaltendem und handwerkstreuen Boden möglich ist.

Vorgelesen und genehmigt:
Biehl, Vors. Peters, Schriftf."

Man merkte also auf seiten der Wurstfabrikanten, daß die Organisation sich nicht aufhalten lasse. Statt aber nun in dieser Erkenntnis durch Einführung zeitgemäßer Lohn- und Arbeitsverhältnisse dem entgegenzuwirken, steckte man sich hinter eine Handvoll meistertreue Brüderschaftler, hinter solche deren es immer einige gibt, von denen der um seine Existenz für die Zukunft Ringende nur mit Verachtung spricht. In dieser Situation an den Ort gerufen, verhandelte nun die Gauleitung mit einigen der Fabrikanten, leider ohne jedes Ergebnis. Die „naive" Behauptung der Arbeitgeber, daß sie gegen die Koalierung ihrer Gesellen nichts einzuwenden haben, aber — mit im Zentralverband organisierten Gesellen nicht arbeiten könnten, dieselben bei Bekanntwerden vielmehr sofort entlassen würden, steigerte die Erbitterung der Schlachtergesellen. Die vor wenigen Tagen erst der Organisation Beigetretenen glaubten nun begreiflicherweise in ihrer Unkenntnis der Gewerkschaftsbewegung sich nicht anders als durch einen sofortigen Streik zu helfen und erwarteten dazu bestimmt die Unterstützung der Organisationsleitung. Durch eine in einer von allen dort Beschäftigten besuchten Versammlung einstimmig angenommenen Resolution gelang es der örtlichen Leitung, die Gemüter bis Montag vormittag zu beruhigen, um erst die Stellungnahme des Hauptvorstandes dazu abzuwarten. Daß dies nun bei den jungorganisierten Mitgliedern nicht geheim blieb, war bedauerlich aber verständlich und so erklärt sich wohl auch die irrtümliche Annahme der „Preetzer Zeitung" vom 10. Juli, daß dies ein vorbereiteter Streik sei. Das vorzeitige Publikwerden ließ die Fabrikanten annehmen, es sei ein Streik geplant, sie hatten aber auch die Absicht, sämtliche oder die meisten zu entlassen und deshalb sahen sie sich sofort nach Streikbrechern um, von denen auch schon am Sonntag vor acht Tagen der erste Transport eintraf. Getreue Dienste haben ihnen dabei die Sprechmeister der Hamburger und Kieler Fleischerinnungen und die Schlachtermeister **Paatsch-Lübeck** und Gäbel-Plön geleistet, die selbstverständlich den Gesellen die Differenzen verschwiegen. Die vom Hauptvorstand abgelehnte Beteiligung eines Streiks bewirkte, daß am Nachmittag gegen 20 Mann aus eigener Initiative die Arbeit niederlegten. Die Gründe für die Nichtbewilligung sahen auch die jungorganisierten Kollegen ein und man beschloß sich dem, wenn auch ungern, zu fügen und gelobte zugleich, einmütig treu zur Organisation zu halten. Koste es auch im wirtschaftlichen Kampfe manchmal Opfer, so wisse man, warum man sie bringe und sie sind leichter zu ertragen, als wenn für Panzerplattenfabrikanten, wegen Diplomatengezänk, Gelüsten nach neuen Kolonien usw. die Arbeitsbrüder verschiedener Länder aufeinandergehetzt werden. Das Arbeiten war aber den jungen Kollegen dort verleidet. Freiwillig verließen gegen 60 Mann die gastliche Stätte. Die organisierte Arbeiterschaft, sowie die Schlachtergesellen wissen, daß die Organisationsleitung ihre Entscheidung mit gutem Gewissen und im Bewußtsein ihrer Verantwortung dabei getroffen hat und daß das, was die Fabrikanten jetzt gern gesehen, in einer gelegeneren Zeit geschehen wird.

Schönberg. Anonyme Briefe gingen seit einiger Zeit bei der Behörde ein, wodurch eine Person stark verdächtigt wurde. Die Nachforschungen ergaben jedoch, daß der beleidigende Inhalt der Briefe nicht auf Wahrheit beruht. Jetzt ist es gelungen, die Briefschreiberin in der Person einer Frau R. zu ermitteln. Sie wird sich nun vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Hamburg. Nachtfahrt der „Viktoria Luise". Freitag nacht 12 Uhr 15 Minuten stieg das Luftschiff hier zu einer Fahrt über die Ostsee auf und kehrte Sonnabend morgen kurz vor 9 Uhr zurück. Das Schiff kreuzte über der mecklenburgischen Küste und fuhr über Heiligendamm, Wismar, Schwerin nach Hamburg zurück. Das Luftschiff hielt sich durchschnittlich in 150 Meter Höhe. — Eine folgenschwere Katastrophe in einem Drogenlager. Ein folgenschwerer Unfall, bei dem drei Personen den Tod fanden und eine schwer vergiftet wurde, ereignete sich Sonnabend abend um 5½ Uhr in dem Drogenlager der Drogerie von Max Westphalen, Kohlhöfen 32. Das Drogengeschäft wird von dem Bruder des Eigentümers geführt. Der Bruder des Drogeriebesitzers, Rudolf Westphalen, hatte am Sonnabend vormittag in dem Lagerkeller, der sich unter dem Laden befindet, das Vorhandensein von Gasen bemerkt. Um die Ursache der Ausströmung der Gase zu erkunden, beschloß er, die im Keller stehenden Demijons mit Säuren aller Art umzulagern. Diese Arbeit nahm er mit seinem Gehilfen Gustav Krause vor, während der Lehrling im Laden aufpaßte. Kurz nach 5 Uhr ging R. Westphalen, sowie der Gehilfe Krause in den Keller. Die giftigen Gase — es handelt sich um Schwefelkohlenstoffgase — hatten sich inzwischen bedeutend vermehrt, so daß die beiden Männer bald nach Betreten des Kellers bewußtlos zu Boden stürzten. Der oben im Laden anwesende Lehrling merkte gleichfalls das stärkere Ausströmen der giftigen Gase und wurde stutzig, als keiner der beiden Männer trotz wiederholten Rufens wieder zum Vorschein kam. Als gleich darauf ein Kunde in den Laden trat, ging der Lehrling zur Treppe. Kaum hatte er sich jedoch über den Kellereingang gebeugt, als er durch Einatmung der giftigen Gase kopfüber in den Keller fiel und bewußtlos liegen blieb. Eine im Laden anwesende Kundin rief den gerade vorübergehenden Schutzmann Nr. 48, Schmidt 18, zu Hilfe. Beherzt eilte der Beamte in den Laden und die Treppe zum Keller hinab. Es gelang ihm, den Körper des bewußtlosen Lehrlings, der gleich am Fuße der Treppe lag, zu erfassen. Er hob den jungen Mann auf und trug ihn ins Freie. Ohne sich erst von der Anstrengung, die ihm der Kampf gegen die giftigen Gase gekostet hatte, zu erholen, eilte Schmidt 18 von neuem in den Keller. Da die beiden an den Gasen bereits erstickten Männer weiter ab von dem Kellereingang lagen, mußte der Beamte alle Kraft aufbieten, um bis dorthin zu gelangen. Er faßte einen der beiden Bewußtlosen um die Hüfte und wollte gerade mit ihm zur Treppe gehen, als er schwindelig wurde, mit dem Bewußtlosen stolperte und zu Boden stürzte, wo er die Besinnung verlor. Inzwischen hatten andere Personen schon die Feuerwehr alarmiert. Dieselbe nahm sofort die Rettungsversuche in Angriff. Es wurden Feuerwehrleute, die durch Benutzung von Dräger- und König-Rauchhelmen gegen die Einatmung der giftigen Gase geschützt waren, in den Keller geschickt. Die Feuerwehrmänner brachten die drei leblosen Männer in den Laden, wo man sich über eine Stunde mit den Erstickten und Vergifteten beschäftigte. Alle Bemühungen mit dem Sauerstoffkoffer, den einen oder den anderen der drei Verunglückten zu retten, blieben leider erfolglos. Da man vorsorglich gleich zwei Krankenwagen bestellt hatte, konnte man den noch lebenden Lehrling, der seine Rettung nur dem gestorbenen Schutzmann Schmidt verdankt, sofort ins Hafenkrankenhaus transportieren. Der Laden des Drogisten wurde polizeilich geschlossen.

Hamburg. Ein Opfer der Hitze wurde hier Sonnabend bei der Arbeit der Schlosser Mußbach, er erlitt einen Hitzschlag, dem er erlag. — Zu dem schauerlichen Knabenmord, über den schon Sonnabend kurz berichtet wurde, wird noch folgendes bekannt: Der Vater des verschwundenen Kindes, der in Altona, Breitestraße 9, wohnende Fischer C. Dardowski, ging auf die Meldung, daß eine unbekannte Knabenleiche gefunden sei, noch in der Nacht zum Stadthaus. Man führte den Mann an den Ort, wo man die Leiche des ermordeten Kindes gefunden hatte. Nahe Griesenwärder, dort, wo gegenüber dem Jachthafen über 2 Meter hohes Schilf steht, lag die Leiche, die die dort postierten Polizeibeamten mit einer Decke verhüllt hatten, im Schilf verborgen. Man legte den Kopf des Knaben frei und sofort erkannte der Vater sein unglückliches Kind. Am Sonnabend morgen hatte man bereits in Erfahrung gebracht, daß als Täter ein zirka 25 Jahre alter bartloser Mann mit hellblondem Haar und dunkler Kleidung in Frage kommt. Dieser erschien am Freitag vormittag auf dem Kinderspielplatz am Roß, wohin der kleine D. mit mehreren andern Schul- und Spielkameraden aus der Nachbarschaft gegangen war, mit einem Boot. Der Unbekannte fragte die Knaben, wer von ihnen mit ihm fahren wollte und wählte dann, als sich der kleine D. und ein anderer Schulknabe Müller meldeten, den kleinen Dardowski, der darauf zu dem Unbekannten ins Boot stieg und gleich darauf den Blicken der zurückbleibenden Knaben entschwunden war. Der kleine Müller hatte von dem Unbekannten 2 Pfg. erhalten, um sich mit der Fähre übersetzen zu lassen. Als nachmittags die in der Nachbarschaft der Frau Dardowski wohnenden Knaben schon alle wieder in die elterlichen Wohnungen zurückgekehrt waren, der kleine D. sich aber immer noch nicht sehen ließ, hielt die geängstigte Mutter bei den Nachbarskindern Nachfrage und erfuhr von der Kahnfahrt mit dem Unbekannten. Man wartete dann noch eine Zeit und gab die Anzeige von dem Verschwinden des Knaben bei der Hamburger und Altonaer Polizei auf. Die schnelle Auffindung der Leiche ist nur einem Zufall zu verdanken. Der Kapitän und der Maschinist des bei der „Athabaska" liegenden Baggers „Simson" wollten von einem Boot aus Netze auslegen. Hierbei fanden sie die in dem hohen Schilf völlig versteckte schrecklich verstümmelte Knabenleiche. Der Körper wies furchtbare Schnittwunden an der Kehle auf. Am Unterleib befand sich ein großer Schnitt, sodaß die Eingeweide heraushingen. Die beiden Männer benachrichtigten sofort die Polizei, worauf nacheinander die Finkenwärder, die Altonaer und Hamburger Kriminalpolizei alarmiert wurde. Da der Tatort sich auf dem Gebiete der Landherrenschaften befindet, hat der Kriminalkommissar Bernhard die Untersuchung in die Hand genommen. Auf die Ermittelung des Mörders des kleinen Dardowski ist eine Belohnung von 1000 Mk. ausgesetzt. Im Laufe des Sonnabends begab sich die Gerichtskommission zum Tatort, an dem alles noch so war, wie am Freitag beim Auffinden der Leiche. Es wurden mehrere phothographische Aufnahmen gemacht und dann die Leiche in die Totenhalle des Hafen-Krankenhauses gebracht.

Flensburg. Stützen der Gesellschaft. Wegen Kuppelei hatte sich vor der Strafkammer 1 des Flensburger Landgerichts eine Zimmervermieterin Knudsen zu verantworten. Sie hatte eine größere Wohnung inne, von der sie möblierte Zimmer an „bessere Herren" vermietete. Auf Beschwerde der Hausbewohner hob die Polizei dieses Nest aus, in dem sie nur ein sog. Absteigequartier — selbstverständlich für die bessere Gesellschaft — erblickte, und stellte die Zimmervermieterin vor den Strafrichter. Es wurde festgestellt, daß zu den Zimmerinhabern der Frau Knudsen auch eine ganze Anzahl Fähnriche von der Marinestation Mürwik gehörte. Wegen Kuppelei wurde Frau K. zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Bei der Urteilsbegründung bedauerte der Vorsitzende, daß sich unter den Teilnehmern der nächtlichen Orgien auch der junge Prinz Reuß befunden habe!

Rendsburg. Die rote Schleife. Es gibt immer noch staatliche Beamte, die beim Anblick der roten Fahne Hochverrat und Revolution wittern. Zur Zeit des Streiks auf der Karlshütte in Büdelsdorf bei Rendsburg wurde ein organisierter Metallarbeiter, der verstorben war, unter zahlreichem Geleit seiner Arbeitskameraden zu Grabe getragen. Ein Genosse trug einen Kranz mit roter Schleife hinter dem Sarge her. Die Beerdigung verlief ohne Zwischenfall. Auf Antrag eines Gendarmen wurde jedoch gegen den Kranzträger Anklage erhoben und das Schöffengericht in Rendsburg verurteilte ihn wegen Übertretung des Reichsvereinsgesetzes zu 10 Mk. Geldstrafe. Er sei Veranstalter einer gesetzwidrigen Demonstration auf offener Landstraße gewesen. Die Strafkammer in Kiel als Berufungsinstanz erkannte jedoch auf Freisprechung. Wegen Tragens eines Kranzes mit roter Schleife hinter dem Sarge werde das Leichenbegängnis noch nicht zu einem außergewöhnlichen. Eine öffentliche Demonstration liege nicht vor.

Wilhelmshaven. Die Kirchenglocken im Dienste der Kriegstechnik. Der Oberwerftdirektor erließ einen Tagesbefehl, wonach sämtliche Werftarbeiter der Reichswerft Wilhelmshaven sich außerhalb der Arbeitszeit sofort auf ihre Arbeitsstellen begeben müssen, wenn mit den Kirchenglocken eine halbe Stunde lang sechs Einzelschläge abgegeben werden. Bisher verrichtete diesen Lockdienst eine fürchterlich heulende Dampfsirene; nunmehr werden alle Kirchenglocken der näheren und weiteren Umgebung von Wilhelmshaven ertönen, wenn der Oberwerftdirektor einmal außerhalb der Werftarbeitszeit Generalappell an die Werftarbeiter ergehen läßt. Ein Fortschritt der Zeit: Die Kirchenglocken rufen nicht nur zur Friedens-, sondern auch zur Kriegsarbeit!

Geestemünde. Großfeuer. Sonnabend nachmittag 1 Uhr kam in dem Kirchdorf Debstedt im Kreise Lehe ein Großfeuer zum Ausbruch. Es entstand in einer mit Heu gefüllten Scheune am Ostende des Dorfes und griff mit großer Schnelligkeit um sich. Bis 4 Uhr nachmittags waren bereits 25 Bauerngehöfte sowie die schöne alte Kirche durch Feuer zerstört. Das Dorf umfaßt etwa hundert Gehöfte. Die Feuerwehren aus der ganzen Umgegend waren an der Brandstelle erschienen, konnten aber wegen Wassermangels wenig ausrichten. Nachdem gegen 5 Uhr die Leher Matrosen-Artillerie-Abteilung und die Leher Freiwillige Feuerwehr mit einem Sonderzug in Debstedt eingetroffen waren, gelang es gegen 7 Uhr, des Feuers Herr zu werden. 25 Wohnhäuser und ungefähr ebenso viele Scheunen sowie die Kirche sind niedergebrannt. In den Flammen ist eine Anzahl Pferde, sowie zahlreiches Kleinvieh, besonders Schweine, umgekommen. Der Schaden beläuft sich auf mehrere hunderttausend Mark; er ist zum großen Teil durch Versicherung gedeckt, doch war die eben eingebrachte, außerordentlich große Heuernte noch nicht versichert, so daß die Abgebrannten immerhin beträchtlichen Schaden erleiden.

Neubrandenburg. Beim Baden ertrank in einem See auf der Feldmark Staven der 29jährige ledige Schnitter Bardelski. Er soll einem Herzschlag erlegen sein.

Schwaan. Beim Angeln fiel hier der 12jährige Otto Wendlandt in die Warnow und ertrank.

Oldenburg. Eine Unterstützungskasse innerhalb der Partei. Für die Einführung einer Sterbeunterstützung auf Gegenseitigkeit innerhalb der Wahlkreisorganisation hat sich die letzte kombinierte Parteiversammlung ausgesprochen. Die Agitationskommission hat nun Grundsätze aufgestellt für den Anspruch, die Leistungen an Beiträgen und dem Umfang der Unterstützung, zu welchen in den einzelnen Mitgliederversammlungen nunmehr Stellung genommen werden kann. Alsdann soll die Einrichtung durch Beschluß einer weiteren kombinierten Versammlung in Kraft treten. — Unserer Ansicht nach ist es nicht Sache einer politischen Partei, eine Sterbeunterstützung ins Leben zu rufen.

Oldenburg. Der stärkste Geburtenüberschuß. Das Großherzogtum Oldenburg steht in bezug auf die natürliche Volksvermehrung durch Geburten im Deutschen Reiche an erster Stelle. Im Großherzogtum Oldenburg, das unter den deutschen Bundesstaaten bei den Zahlen der Eheschließungen erst an 18. Stelle und bei den Zahlen der Sterbefälle erst an 20. Stelle kommt, hat bei den Geburten einen Rekord aufgestellt. Es kamen im Jahre 1910 in Oldenburg auf je 10 000 Einwohner 325 Geburten. Von den sämtlichen deutschen Bundesstaaten erreichen nur 7 eine Geburtenzahl über 300 auf 10 000 Einwohner. Der Reichsdurchschnitt beträgt 307.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. C.
Sämtlich in Lübeck.

Saison-Ausverkauf.

Große Lagerbestände in Herren- u. Knaben-Garderobe.

Bekannt erstklassige Verarbeitung! Eleganter tadelloser Sitz! **Keine Partieware!**

Die Preisermäßigungen sind ganz enorm.

Weit unter dem richtigen Wert!

Herren-Anzüge	Richtiger Wert von 24.00 bis 55.00 M.				
	jetzt	15.00	22.00	27.00	32.00 M.
Einige Modell-Anzüge	Richtiger Wert von 58.00 bis 97.00 M.				
	jetzt	33.00	44.00	52.00	60.00 M.
Jünglings-Anzüge ..	Richtiger Wert von 16.00 bis 48.00 M.				
	jetzt	10.00	19.00	24.00	30.00 M.
Knaben-Anzüge	Richtiger Wert von 4.50 bis 24.00 M.				
	jetzt	2.50	6.00	10.50	16.00 M.
Ulster, Paletots	Richtiger Wert von 22.00 bis 48.00 M.				
	jetzt	15.00	22.00	28.00	33.00 M.

Ca. 1000 Buckskin-Hosen

Richtiger Wert von 3.00 bis 8.75 M.

jetzt 1.95 2.95 3.95 4.95 5.95 M.

Phantasie-Westen..... früher 8.00 bis 16.00 M. jetzt 3.00 und 5.00 M.

Wasch-Blusen

	Serie I	II	III	IV
jetzt	50 ₰	95 ₰	1.50 ₰	2.00 M.

Wasch-Anzüge

jetzt 1.50 M. 2.25 M. 3.00 M. 4.00 M.

Stroh-Hüte

Richtiger Wert von 1.00 bis 4.00 M.

jetzt 25 ₰ 50 ₰ 95 ₰ 1.40 M.

Oberhemden

etwas angestaubt. Wert bis 5.00 M. jetzt Stück 1.50 M.

Krawatten

Schleifen-Regattes früher bis 2.50 M. jetzt 10 ₰ 25 ₰ 50 ₰

Selbstbinder..... früher bis 3.75 M. jetzt 25 ₰ 50 ₰ 90 ₰

3 Serien Russenkittel, Kleidchen und Kittelanzüge

helle Wollstoffe, für Kinder bis 5 Jahre alt
früherer Preis von 4.50 bis 21.00 M.

	Serie I	Serie II	Serie III
jetzt	90 ₰	1.90 M.	2.90 M.

(2003

Die in unseren Schaufenstern mit Preisen ausgestellten Sachen werden gern aus denselben verkauft.

Spille & v. Lühmann

Lübecks größtes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Garderobe.

Von

Schillers und Heines ausgewählten Werken

sind noch einige Exemplare à Mk. 4 in Bänden vorrätig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Versand

von engl. Leder- und Pilot-Hosen, sowie jegl. Berufskleidung. Beste Hamburger Verarbeitung. Franko gegen Nachn. Billige Preise. Musterbücher und Kataloge gratis. Bei größeren Aufträgen entspr. höhere Rabatte. Agenten gesucht. **Hamburger engl. Leder- u. Pilothosen-Fabrik Ernst Aug. Steinberg.**

Hamburg-Altona, Gr. Bergstraße 115—119a. (1998

Kürschners Deutscher Reichstag von 1912

mit Biographien und Porträts aller 397 Abgeordneten.

Preis 60 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,

und deren Kolporteure.

Montag, den 15. Juli: Beginn unseres großen

Saison-Ausverkaufs

Um eine **totale Räumung** in allen unseren **Abteilungen** der

Damen- und Kinder-Konfektion

zu erzielen, werden alle auf Lager befindlichen Waren **ohne Rücksicht** auf den **früheren Wert**

zu ganz enorm billigen, herabgesetzten Preisen ausverkauft.

Gebr. Hirschfeld

Breite Straße 39-41.

(2004

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 163. Montag, den 15. Juli 1912. 19. Jahrg.

Entwickelung der indirekten Steuern seit Lassalle.*)

I.

Wie hat sich seit der Abfassung von Lassalles „Die indirekte Steuer" die Verteilung der Steuerlast in Preußen gestaltet?

Es liegt auf der Hand, daß bei Beantwortung dieser Frage man nicht schlechthin dem von Lassalle vorgeführten Staatshaushalt Preußens vom Jahre 1855 irgend einen preußischen Staatshaushalt der letzten Jahrzehnte gegenüberstellen darf, sondern daß zu der Steuersumme, die in Preußen an den Staat zu entrichten ist, noch seit der Gründung des Deutschen Reiches die Steuersumme hinzugerechnet werden muß, die das Reich von seinen Bürgern erhebt. Das Reich hat einen Teil der Aufgaben übernommen, die vordem die Staaten erfüllten, und dafür haben die Staaten dem Reich gewisse Steuern und Abgaben überlassen, die sie vordem selbst erhoben und zu erheben sich vorbehalten hatten. Der leitende Gedanke dieser Verteilung war, daß die Staaten die direkten Steuern behielten, das Reich aber für seinen Bedarf auf Zölle und andere indirekte Steuern, sowie — wenn diese hinreichten — auf Matrikularumlagen der Staaten angewiesen wurde. Diese Trennung ist nicht ganz streng durchgeführt. Die Staaten haben sich auch einige indirekte Steuern oder Anteile an solchen indirekten Steuern, die auf das Reich übergingen, zurückbehalten, und das Reich hat seit dem Inkrafttreten der Stengelschen Finanzaufbesserung von 1906 in der Erbschaftssteuer eine Abgabe, die man zwar, um den Schein zu wahren, als indirekte Steuer einführte, die aber faktisch eine direkte Steuer ist, wie es nur je eine gegeben hat. Keine der Definitionen, die Lassalle in diesem Buche von den indirekten Steuern anführte, trifft auf sie zu, alle Definitionen der indirekten Steuer passen auf sie.

Indes ist die Einnahme des Reiches aus der Erbschaftssteuer im Verhältnis zu seinen übrigen Einnahmen noch eine so geringe, daß sie am Charakter seiner Steuerpolitik kaum etwas ändert, und wenn Preußen, mit dem wir es hier zu tun haben, noch sehr ansehnliche Summen aus indirekten Steuern bezieht, so hat sich doch durch die Teilung mit dem Reich und die in den achtziger Jahren erfolgte Verstaatlichung der Eisenbahnen der Charakter seines Steuersystems so sehr verändert, daß bloße Gegenüberstellung der Zahlen seiner jetzigen Staatshaushalte mit den Staatshaushalten vor der Reichsgründung ein durchaus falsches Bild von der Entwicklung der Steuerlasten des preußischen Volkes ergeben. Wir müssen vielmehr zu den betreffenden Zahlen des preußischen Staates jedesmal noch — auf Preußen reduziert — die entsprechenden Zahlen des Reichshaushaltes hinzurechnen.

Was Preußen allein betrifft, so setzten sich seine ordentlichen Staatseinnahmen im Jahre 1910 gemäß dem Staatshaushaltsplan dieses Jahres wie folgt zusammen (vgl. Statistisches Jahrbuch für Preußen, Jahrgang 1910, S. 287):

	Mill. Mk.
1. Erwerbseinkünfte (Reinerträge der Bergwerke, Eisenbahnen, Forsten usw.)	569,16
2. Direkte Steuern (Einkommensteuer usw.)	590,01
3. Anteil am Ertrage der Branntweinsteuer des Reichs	110,70
4. Sonstige Einnahmen aus der Staatsverwaltung	155,05
5. Stempelsteuer usw.	66,39
6. Gebühren, Sporteln, Strafgelder	133,55
Zusammen	1424,96

Es sind hierbei fortgelassen: 44,2 Millionen Mark Vergütungen aus der Reichskasse für Erhebung und Verwaltung von Zöllen usw. und 16,63 Millionen Mark Einnahmen aus der Reichskasse für Veteranenbeihilfe, welche Posten sachlich sich auf Angelegenheiten des Reiches beziehen, nur Rückerstattung von oder Vorschüsse auf Auslagen für das Reich bedeuten. Anders dagegen bestimmte Posten im Reichsetat.

Der ordentliche Etat des Deutschen Reiches verzeichnet nach dem Staatshaushaltsplan für 1910 eine Gesamteinnahme von 2663,05 Millionen Mark. Davon waren 228,51 Millionen Mark Matrikularbeiträge der Bundesstaaten, die aus den Steuern dieser zu decken sind. Ebenso sind 34 Millionen Mark in Abzug zu bringen, die dem Reichs-Invalidenfonds entnommen wurden. 845,40 Millionen Mark waren Brutto-Einnahmen aus Reichsbetrieben, denen bei den Ausgaben 734,20 Millionen Mark Verwaltungs- und Betriebskosten gegenüberstehen, so daß nur eine Rein-Einnahme von 111,10 Millionen Mark verbleibt. Von 1441,51 Millionen Mark Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren sind 180 Millionen Mark Branntweinsteuer abzuziehen, die den Einzelstaaten überwiesen wurden und wovon wir 110,70 Millionen Mark im preußischen Staatshaushalt getroffen haben. Zweifelhaften Charakters sind 73,97 Millionen „verschiedene Verwaltungs-Einnahmen" und 38,54 Millionen Mark Ausgleichungs-Beiträge. Lassen wir auch sie beiseite, obwohl sich in den Verwaltungseinnahmen Verkehrsabgaben bergen, so erhalten wir folgende Zusammenstellung der Einnahmen des Reiches für 1910 (vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. 1910. S. 298 ff.)

Einnahmen aus:	Mill. Mk.
1. Zöllen, Steuern und Gebühren	1261,51
2. Reineinnahmen aus Reichsbetrieben	111,20
Zusammen	1372,71

Preußens Bevölkerung verhält sich zu der des Reiches wie 5 : 8. Nach diesem Verhältnis umgerechnet entfällt auf den preußischen Staat eine Leistung für das Reich von 857,94 Millionen Mark. Davon berechnen sich auf:

	Mill. Mk.
1. Einnahmen aus Betrieben	69,50
2. Verbrauchs- und Verkehrssteuern	767,19
3. Direkte Steuer (Preußens Leistung zu 34 Millionen Mk. Erbschaftssteuer)	21,25
Zusammen	857,94

Für Reich und Staat zusammen wurden also 1910 in Preußen 2282,80 Millionen Mark aufgebracht. Davon waren 390,01 + 21,25 = 411,26 Millionen Mark direkte Steuern, genau der fünfte Teil. Nimmt man mit Lassalle an, daß die 1855 für Preußen erhobene Grundsteuer wie eine indirekte Steuer wirkte, d. h. von den Grundbesitzern auf den Getreidepreis usw. abgewälzt wurde, so wäre damals erst der achte Teil der Staatseinnahmen aus direkten Steuern geflossen. Indes ist es mehr wie zweifelhaft, ob diese Annahme zutraf. Die preußische (Reinertrags-) Grundsteuer war eine Reallast, die dem Grundbesitz als Gegenleistung für Staatshilfe bei der Ablösung der Feudalrechte usw. auferlegt worden war und konnte bei dem in Preußen herrschenden System der Bodenbewirtung und im Angesicht des Umstandes, daß das damalige Preußen keinen Getreideschutzzoll kannte, höchstens in Ausnahmefällen auf den Getreidepreis abgewälzt werden. In der Regel, und namentlich auch der Absicht nach, war sie eine direkte Steuer. Stellt man sie aber als solche in Rechnung, so kommen wir für 1855 zu 23 Millionen direkter Steuern von im ganzen rund 109 Millionen Talern Staatseinnahmen. Durch erstere ward also damals etwas mehr als der fünfte Teil der Staatskosten gedeckt. Trotz der Miquelschen und anderer Steuerreformen steht es in Preußen heute in dieser Hinsicht kein Haar besser als 1855. (Schluß folgt.)

*) Im Verlag der Buchhandlung Vorwärts ist kürzlich die Rede Lassalles „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen" neu herausgegeben worden. Die Schrift ist heute aktuell wie je und sollte von jedem Parteigenossen studiert werden. In einem Nachwort gibt der Herausgeber, Genosse Eduard Bernstein, einen Vergleich zwischen den Steuerverhältnissen zur Zeit Lassalles und der Gegenwart, den wir in obigem wiedergeben.

Rohe Brutalitäten gegen Arbeitervertreter!

Mit welchen Rohheiten oftmals die Beauftragten der freien Verbände bei Verhandlungen mit Unternehmern oder deren Beauftragten zu rechnen haben, ist bekannt. Man betrachtet sie mehr als Eindringlinge als Vertreter des Vertragskontrahenten arbeiterseits. Daß es bei solchen angebahnten Verhandlungen zu Mißhandlungen kommen kann, beweist folgender Vorfall, der sich im frommen Sauerlande zugetragen hat. Hier wird im Listertal bei Listernohl eine Talsperre gebaut und sind die Arbeiten auch der Betonfirma Wiehmer u. Trachte in Dortmund übertragen worden. Da im Sauerlande selbst, wenigstens in dieser Gegend, nur wenige baugewerbliche Arbeiter vorhanden sind, und bei diesen Arbeiten meist nur Spezialisten benutzt werden, mußte die Firma Leute von Dortmund aus nach Listernohl senden. Laut Tarif müssen diese Arbeiter unter Dortmunder Vertragsverhältnissen beschäftigt werden. Diese Vertragsbestimmungen wurden aber von der Firma nicht eingehalten. Weder die Arbeitszeit war eine geregelte, noch ging die Bezahlung nach Vertragsverhältnissen vor sich. Es war selbstverständlich, daß sich die Bauarbeiter, vornehmlich die Zimmerarbeiter und die im Beton Beschäftigten, den Vertragsbruch nicht gefallen ließen, und am Donnerstag, dem 4. Juli, die Arbeit niederlegten. In Frage kamen ca. 40 Zimmerer und Zementarbeiter.

Am Sonntag, den 7. Juli, sollte in Dortmund mit den Bauunternehmern verhandelt werden. Die Verhandlung kam aber nicht zustande, weil der Unternehmer Trachte nicht anwesend war. Nun versuchte man, am Montag, den 8. Juli, an der Baustelle selbst zu verhandeln. Die Verhandlungen sollten führen von der Zimmererorganisation der Gauleiter Jansen aus Düsseldorf und der Lokalbeamte Wilhelm Naserke aus Dortmund. Da die Streikenden bereits alle nach Dortmund abgereist waren, fuhren von diesen zwei Zimmerer und ein Zementarbeiter mit nach Listernohl zurück, um gleichfalls an den Ver-

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant, von E. Dewitt.

(20. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„In der Politik gebraucht man euch nur wie die Bauern eines Schachspiels — jede Partei treibt ihr Spiel mit euch, Welche Partei auch am Ruder sein mag, ihr geht leer aus und es nimmt mich, aufrichtig gesagt, wunder, daß ihr euch mit der leeren Ehre abspeisen laßt, mit von der Partei zu sein. Wenn ich euch raten darf, so scheidet aus dem Spiel aus und fangt ein neues an, in dem für euch wirklich etwas herausschaut.

„Wir müssen nun das spielen, was wir haben wollen, und wir müssen zu diesem Zwecke stets eingedenk sein, daß, sobald wir uns erst einmal über das klar geworden sind, was wir haben wollen, niemand uns zu widerstehen vermag. Niemand kann uns verweigern, was wir wollen, denn wir sind die Herren und Meister.

„Die Frage ist jetzt: Was wollen wir?"

Harry hatte sich immer mehr in Eifer geredet und es war ihm heiliger Ernst mit dem, was er sprach; seine Stimmung hatte sich auch seinen Zuhörern mitgeteilt, deren Blicke gespannt an ihm hingen.

„Was wollen wir? Hat sich einer von euch schon einmal diese Frage vorgelegt? Weiß auch nur ein einziger von euch, was er will? Wenn es euch recht ist, will ich euch einige von den Dingen nennen, die euch fehlen und die ihr zu allererst verlangen solltet.

„Euch tut vor allem eine Reform des Wahlgesetzes not, die euch in den Stand setzt, die eurer Macht und Bedeutung entsprechende Zahl von Vertretern in die Stadtparlamente zu senden und dort eure gerechten Forderungen zu verwirklichen. Die Abschaffung des Oberhauses ist lange nicht so wichtig wie diese Reform des Wahlgesetzes.

„Und dann kommt die Lebensmittelfrage. Es sollte euch möglich sein, gutes Rindfleisch aus Amerika zum Preise von drei Pence für das Pfund einzuführen, und dennoch laßt ihr es euch gefallen, wenn euch die Fleischwucherer das Fell über die Ohren ziehen und einen Schilling und mehr von euch für das Pfund erpressen. Ihr solltet Fische schon für zwei Pence das Pfund bekommen, und zahlt in eurer Dummheit, was immer schrankenlose Profitgier von euch fordert. Ihr schluckt schlechtes Bier, schlechten Fusel, schlechten Kaffee, schlechten Tee und schlechten Kakao hinunter, und wißt nicht, daß es in eurer Macht liegt, für euer gutes Geld gute Ware zu erhalten, wenn ihr nur wollt. Schuld an diesem schreienden Skandal ist, wie ich euch schon vorhin sagte, eure verdammte Unwissenheit.

„Und wie steht es mit euren Wohnungen? Die Reichen bauen sich Häuser mit großen, geräumigen Zimmern, mit reichlich Licht und Luft und allen Erfindungen der Neuzeit, in denen es sich ohne Schaden für die Gesundheit leben läßt. Wie aber ist es um eure Wohnungen bestellt? Ein, ja zwei, ja noch mehr Familien müssen in einem Zimmer, häufig sogar in einer Küche wie in einer Sardinenbüchse zusammengepfercht hausen, woraus nicht nur der Gesundheit, sondern auch der Moral schwere Gefahren erwachsen. Wenn ihr erst einmal wissen werdet, was ihr wollt, so werdet ihr euch weigern, euer Leben noch länger in solchen Löchern zu verbringen, und auch für euch Licht und Luft und menschenwürdige Wohnungen verlangen. Verlaßt euch nicht auf die Versicherungen amtlicher Bauinspektoren. Die meisten von ihnen haben ein weites Gewissen und eine offene Hand und zögern nicht, wenn man diese gut füllt, über ihrem Siegel und Namen zu bestätigen, daß sich die von ihnen beaufsichtigten Häuser in wohnlichem Zustande befinden, obwohl seitens der Bauschwindler nur die minderwertigen Materialien zur Verwendung gelangen. Seid darum eure eigene Baupolizei.

„Und nun erst euer Erziehungswesen. Über Religion, Lesen, Rechnen und Schreiben geht der Unterricht in der Volksschule nicht hinaus. „Ehret Gott" und „Fürchtet den König", das ist der Grundton, auf den das ganze System gestimmt ist. Die Kinder müssen in der Dummheit, oder, um ein in dem Dunkelstaat Preußen beliebtes Wort zu gebrauchen, in der gottgewollten Abhängigkeit erhalten werden, damit sie, wenn erwachsen, nicht übermütig werden, und nicht die Wahrheit erfahren, daß sie die eigentlichen Herren des Landes sind und daß sie die Macht haben, alles zu ändern, was ihnen nicht paßt. Die Zustände in den Volksschulen schreien geradezu zum Himmel. Jedes Wort der Aufklärung ist verpönt, und die Schüler treten in das Leben, ohne von den Rechten und Pflichten des Staatsbürgers auch nur die geringste Ahnung zu haben.

„Und habt ihr schon daran gedacht, daß ihr einen Anspruch auf Freude, auf Vergnügen und Unterhaltung besitzt? Auch die heitere Seite des Lebens verlangt ihr Recht. Aber kann die Regierung sie euch geben? Die Regierung erläßt eine Lustbarkeitssteuer, und die Polizei schreibt euch vor, wann ihr nach Hause gehen sollt. Das ist alles, was ihr von oben zu erwarten habt. Aber ihr selbst kennt ja gar nicht die reinen Lebensfreuden, ihr wißt nicht, wie ihr es anzustellen habt, um euch zu unterhalten. Ihr könnt weder musizieren, noch singen, noch tanzen, noch malen — ja, ihr könnt überhaupt nichts. Und selbst, wenn ihr alles abschafft, was euch zuwider ist, so wird euer Dasein noch immer öde und traurig, ohne Freude und Abwechselung sein.

„Wie steht es zum Beispiel mit den Ferien? Jedes kaufmännische Geschäft bewilligt seinen Angestellten einen Sommerurlaub von vierzehn Tagen, und die Beamten, die sich gewiß nicht überanstrengen, haben sogar einen solchen von vier Wochen. Weshalb sollte euch nicht recht sein, was ihnen billig ist? Es wäre weiter nichts als ein Gebot der Gerechtigkeit, daß man auch euch erlaubte, zwei Wochen zu feiern und dabei den vollen Lohn zu beziehen. Es ist dieses eines eurer Rechte und ihr wißt es nicht einmal. Schafft das Oberhaus ab, reformiert die Bodengesetze, und ihr werdet dann ebensowenig wie heute Ferien haben."

Bei diesen Worten gab der Vorsitzende seine Zustimmung durch ein Nicken des Kopfes zu erkennen. Der alte Mann lauschte gespannt, den Kopf in die Hand gestützt. Nie zuvor vielleicht war ihm so klar geworden, daß er sein ganzes Leben hindurch sich auf der Schattenseite im Schweiße seines Angesichts abgemüht hatte, während sich die reichen Müßiggänger auf der Sonnenseite ergingen.

„Der schlimmste Vorwurf aber und die schwerste Anklage, die ich ausgesprochen habe, betrifft euer Verhalten in der Frauenfrage." Harry wartete einen Augenblick, aber kein störender Zuruf unterbrach das Schweigen, das in dem Saal herrschte. „Ihr Männer habt euch zum Schutz und Trutz in starken Gewerkschaften zusammengeschlossen, habt eure Arbeitgeber zur Annahme von Bedingungen gezwungen, die nur eure Solidarität ihnen abringen konnte, erhaltet jetzt gegen frühere Jahre den doppelten Lohn, habt aber ganz darüber eure Frauen, eure Töchter und eure Schwestern vergessen.

„Gedenket der armen, ausgebeuteten Arbeiterinnen. Ihr einziger Schutz besteht in einem Gesetz, welches den Arbeitgebern verbietet, sie länger als zehn Stunden zu beschäftigen. Aber welchen Wert besitzt dieses Gesetz? Es wird tagtäglich gebrochen, wie unsere Parlamentarier sehr wohl wissen; denn sie können wohl Gesetze erlassen, haben aber nicht die Macht, ihre Durchführung zu erzwingen. Denn diese Macht, meine Freunde, ich wiederhole es, besitzt einzig und allein nur ihr. Es liegt in eurer Macht, ob ein Gesetz ein papierner Erlaß bleiben oder wirklich ausgeführt werden soll. Denn nur beim Volke liegt die Kraft und die Macht und die Herrlichkeit.

Handlungen teilzunehmen. Kaum hatte de Delegation den Bahnhof in Listernohl verlassen, da wurden sie auch schon von zwei Gendarmen angehalten, und die drei Streikbeteiligten mußten sich im ersten besten Hause eine Leibesuntersuchung gefallen lassen. Jedenfalls wurde nach Waffen bei ihnen gesucht. Hinzu kam auch der Betonmeister der Firma, Anton Mengelkamp. Der Gauleiter Jansen sprach den Betonmeister in der höflichsten Weise an, er erklärte, daß sie beauftrgt seien, mit den Vertretern der Firma zu verhandeln und wo Herr Trachte oder der Bauführer am besten anzutreffen wären. Hierauf antwortete Mengelkamp in äußerst barschem Tone: „Verhandeln werde ich, aber nicht hier, sondern hinter der Sperre in der Wirtschaft.“ Die Kommission machte sich nunmehr auf den Weg dahin; bis zum Verhandlungsort war es eine Stunde. Benutzt wurde der Weg von Listernohl nach Hunerswinkel, der durch die Sperre geht und öffentlich ist. Es war Mittag, als sie an der Wirtschaft Franz Kugel anlangten. Die Kommission, die seit 6 Uhr früh auf den Beinen war, verlangte hier etwas zu essen und zu trinken, erhielt aber von der Wirtin Bescheid, daß man es ihr ausdrücklich verboten hätte, an die Kommissionsmitglieder Speisen und Getränke zu verabreichen. Was blieb diesen anders übrig, als mit hungrigem Magen weiter zu wandern. Nach Besichtigung der Arbeitsstelle waren sich die Kommissionsmitglieger einig, die ungastliche Stätte zu verlassen, da es auch nach den eingezogenen Informationen zwecklos erschien, mit Mengelkamp selbst zu verhandeln. Lieber wollte man Tags darauf mit der Firma in Dortmund in weitere Verhandlungen treten. Die Kommission benutzte auf dem Rückmarsch die öffentliche Chaussee von Hunswinkel nach Listernohl, zwei der Streikenden waren zurückgeblieben, um von ihren Logisleuten ihre zurückgelassenen Kleidungsstücke zu holen. Die anderen waren in der Wirtschaft „Zum letzten Heller“ in Lautenbach eingekehrt, um hier ein Glas Bier zu trinken, eventl. zu essen. Kaum war ihnen das Bier hingestellt worden, und noch nicht die Unterhaltung zu Ende wegen der Verabreichung von Speisen, als der Betonmeister Mengelkamp mit sechs Zementeuren und Bauhilfsarbeitern in die Gaststube stürzte. Mengelkamp schrie die Wirtstochter an, ob sie nicht wüßte, daß an die Kommission nichts verabreicht werden dürfte. Das Mädchen verneinte es. Daraufhin erklärte der Gauleiter Jansen, wenn es hier nichts zu essen geben soll, werden wir unser Bier austrinken und unsere Wege gehen. Aber noch waren diese im ruhigen Tone gehaltenen Worte nicht gesprochen, als Mengelkamp mit einem Knüppel mit Stahlstange wie rasend auf die Köpfe der Kommissionsmitglieder loshaute. Noch hielten die mitgebrachten Arbeiter mit Schlagen zurück. Da schrie M. diese Leute an: „Kerls, wollt Ihr wohl mit draufhauen. Haut die Bestien tot!“ Dieses Kommando verfehlte seinen Zweck nicht, die Arbeiter, alle mit dicken Knüppeln bewaffnet, hauten wie Mengelkamp und wie die Wilden auf die Ahnungslosen los. Nur schnellste Flucht konnte diese vor dem Schlimmsten bewahren, denn an eine Abwehr gegen diese Mißhandlungen war nach Lage der Sache nicht zu denken. Die Kommissionsmitglieder waren unbewaffnet und hinter einen Tisch zusammengezwängt. Jansen flüchtete hin zum Stall, wo er in eine Ecke hinlaumelte. Trotzdem wurde immer weiter mit Knüppeln auf ihn losgeschlagen. Erst als er das nächste Nachbarhaus erreichte, mußten die Unholde von ihm loslassen. Das Blut rann nur so in Strömen. Wie Jansen wurde auch das Kommissionsmitglied Biebeck zugerichtet. Auch ihm wurde der Kopf blutig geschlagen. Am schlimmsten wurde Naserke zugerichtet. Er war aus der Wirtschaft seitwärts in die Berge geflohen, wurde aber von Mengelkamp und noch einigen von seinen Komplizen eingeholt und bewußtlos geschlagen. Der ganze Kopf zeigt eine Wunde und Beule nach der anderen. Ebenso waren Hände und Beine und andere Körperteile zerschlagen. Kaltblütig erklärten die schlagenden Unholde: „Nun hat er genug. Nun aber drauf, daß wir die anderen beiden auch noch vermöbeln.“ N., der inzwischen zum Bewußtsein gekommen war, kroch auf allen Vieren weg. Während dieser brutalen Vorgänge waren die Kommissionsmitglieder Spitz und Wischnewsky sowie der verletzte Biebeck zur Kantine geeilt, wo sie einen Gendarmen antrafen und diesen um Hilfe ersuchten. Auf die Aufforderung hin, er möchte Jansen und Naserke mit suchen helfen, da es nicht ausgeschlossen wäre, daß diese beiden tödlich verletzt in den Büschen lägen, meinte der Beamte ganz kalt: „Ich bin kein Spürhund!“ Was Menschenpflicht gewesen wäre, der Gendarm lehnte es ab. Wir haben an dieser Stelle mit ihm nicht zu rechten und da die Akten über diese Schlägereien selbst noch nicht geschlossen sind, wird es sich ja herausstellen, ob zwischen dem Verhalten des Gendarmen und dem Vorgehen des Betonmeisters und seiner Kolonne ein Zusammenhang vorhanden ist. Wir überlassen das Urteil darum bis auf weiteres unseren Lesern, ob und wie das Verhalten des Beamten zu kennzeichnen ist. Jansen begab sich in Begleitung und unter Schutz eines Schirmmachers über die Berge und traf gegen 4 Uhr in Listernohl mit seinen Kollegen Spitz, Biebeck und Wischnewsky zusammen. Naserke schleppte sich über die Berge nach Krachhammer hin. In Heringhausen nahm ihn der Bauunternehmer S. auf, der seine Wunden reinigte und kühlte. Erst nachts um 12 Uhr kam er nach Dortmund zurück. So der Vorfall, der zeigt, wie gefährlich es ist, wenn friedliche Gewerkschaftsvertreter solchen Menschen wie Mengelkamp und Konsorten in die Hände fallen. Für diesen dürften die Vorkommnisse manchen bitteren Nachgeschmack haben, da Naserke und Jansen beide ärztlich arbeitsunfähig geschrieben worden sind, und gegen Mengelkamp und Genossen Strafantrag gestellt ist. Hoffentlich werden diese Untaten gerichtlich so bemessen, wie sie es verdienen.

„Ihr habt nichts für Frauen und Mädchen getan, und sie der schamlosen Ausbeutung durch die Fabrikanten preisgegeben, die die Löhne für Frauenarbeit zu wahren Hungerlöhnen herabsetzen, nur um nicht hinter der Konkurrenz zurückzubleiben. Sie werden in ungesunden Werkstätten beschäftigt, müssen ungebührlich lange Stunden arbeiten und sich obendrein für das geringste Versehen räuberische Lohnabzüge gefallen lassen. Eure Mädchen wachsen zu engbrüstigen, blassen, schwindsüchtigen Geschöpfen auf und siechen vor der Zeit dahin. Und was habt ihr für sie getan, was tut ihr für sie? Nichts, aber auch gar nichts. Gibt es unter den anwesenden Frauen auch nur eine einzige, die mir sagen kann, was ihre männlichen Angehörigen für sie getan haben?

„Keine schlimmere Anklage kann gegen euch erhoben werden, als die, daß ihr die Frauen in ihrem Kampfe im Stich laßt.

„Wie ihr alle wißt, ist ganz kürzlich eine Schneiderinnen-Kooperativ-Genossenschaft hier in Stepney ins Leben getreten. Was sie für die Arbeiterinnen tun will und tut, ist euch allen bekannt. Aber, so frage ich, hat auch nur einer von den Männern, die hier sitzen, den Mut gehabt, offen für die Sache dieser Genossenschaft einzutreten und sich als deren Freund zu bekennen?“

Harry trat jetzt bis dicht an den Rand der Rednertribüne, erhob seine Hände und sprach wie beschwörend:

„Bitte, faßt meine Worte nicht falsch auf. Ich sage euch, daß die Zeit gekommen ist, da die Völker aufhören müssen, ihr Heil oder überhaupt etwas Gutes von den Regierungen und Trägern der Krone zu erwarten. Regierung und Träger der Krone tun nichts für euch und können nichts für euch tun. Es ist eure Pflicht, selbst auszufinden, was ihr wollt, und dann euren Willen durchzusetzen. Wie ihr euch zusammengeschlossen habt, um eure Löhne aufzubessern, so müßt ihr euch jetzt wieder zusammenschließen, und ihr werdet erreichen, was ihr wollt. Und wenn ihr auch nur die Hälfte der Zeit, die ihr nutzlos für fremde, euch nichts angehende Angelegenheiten verschwendet habt, auf die Erreichung eurer eigenen Ziele verwendet, werdet ihr in der Tat glücklich sein.“

(Fortsetzung folgt.)

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 15. Juli 1912.

Wortführer Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Min.

Der Wortführer weist auf den zu späten Eingang der ersten auf der Tagesordnung stehenden Anträge hin. Die Bürgerschaft habe ein Recht darauf, sie rechtzeitig zu erhalten, und könne deshalb Absetzung beantragen. Der Mangel einer zweiten Lesung mache sich hier bemerkbar. (Sehr richtig!) Der Senat sei auch nicht dagegen, wenn diese Anträge für den nächsten Montag zurückgestellt würden.

Peter Pape: Wir dürfen uns nicht darauf einlassen, daß die Anträge so spät eingehen und müssen die Absetzung beantragen.

Tegtmeyer (Moisling) ist für Beratung der Anträge.

Dr. Ziehl: Nach der Verfassung müssen die Anträge 3 Tage vorher eingehen. Wird Widerspruch nur von wenigen erhoben, müssen die Anträge abgesetzt werden, damit die Bürgerschaftsmitglieder Zeit zur Beratung haben. Auch der zweimal vom Bürgerausschuß abgelehnte zweite Tagesordnungspunkt darf heute nicht beraten werden. Ich erhebe dagegen Widerspruch. (Zustimmung.)

Aug. Pape begreift nicht, daß Bürgerschaftsmitglieder für die Beratung eintreten können. Es sei überhaupt eigenartig, daß die Theaterforderung heute auf die Tagesordnung gelangt sei. Würden die Sachen heute aufgerollt werden, dann würde der ganzen Bevölkerung die Volksfeststimmung verdorben.

Dr. Wittern wendet sich gegen eine Sitzung in acht Tagen. Die Ferien hätten bereits begonnen. Vielleicht könnte diese Woche noch eine Erledigung der Anträge stattfinden.

Dr. Ziehl legt Wert darauf, daß sich die Bürgerschaftsmitglieder vorerst besprechen können. In allen Parlamenten würde man den Kommissionen Zeit zur Beratung lassen. Wenn auch Fraktionen hier noch nicht beständen, so hätten die Bürgerschaftsmitglieder doch ein moralisches Recht, um Zeit zur besonderen Besprechung zu gewinnen.

Aug. Pape wünscht baldige Erledigung; vielleicht am Donnerstag.

Lippert will am kommenden Montag eine Sitzung abgehalten wissen und Dr. Görtz ebenfalls.

Es wird beschlossen, die Sitzung am kommenden Montag stattfinden zu lassen.

1. Antrag. Abänderung der Bekanntmachung vom 19. März 1877, die Beihilfe des Staates zu den Kosten der Armenunterstützung für Forstarbeiter und Angehörige derselben betreffend.

Henk (Büllwisch) bittet, den Kommissionsantrag anzunehmen. Das Gesetz komme gerade den ärmeren Gemeinden, wie Wesloe, zugute. Zwei Drittel soll der Staat und ein Drittel die Gemeinde tragen.

Senator Dr. Eschenburg: Wenn die Bürgerschaft dem Antrag folgt, hat der Senat nichts dagegen einzuwenden.

Der Antrag wird angenommen.

2. Antrag. Verbesserung der Anlegestelle an der Südermole in Travemünde. Zweiter Teil des Antrages 1912 Nr. 26 betr. Verbesserung einer Fährverbindung nach dem Priwall.

Grünau weist auf einen Irrtum im Bericht hin. Die Kommission bittet die Bürgerschaft, dem Antrag zuzustimmen.

Der Antrag wird angenommen.

3. Antrag: Bericht der Kommission zur Prüfung der Frage der Einführung von Zeitkarten für die Straßenbahn.

Neuner bittet nicht nur Arbeiterfahrkarten einzuführen. Es gebe viele Personen, die unter 1500 Mk. verdienen, und in gutem Anzug zum Geschäft erscheinen müssen. Der Beruf „Arbeiter“ sollte nicht maßgebend sein. Zwischen dem regulären Fahrpreis und der Arbeiterkarte müsse durch Streckenkarten ein Mittelding geschaffen werden. Die Einführung von Abonnements brauche nicht bis 1913 hinausgeschoben werden.

Lippert: Eine sofortige Einführung von Abonnementskarten war im Interesse der Rentabilität nicht zu ermöglichen. Die Kommission ersuche um Zustimmung zu dem Bericht. Sobald Abonnements eingeführt werden, solle es in großzügiger Form geschehen, nicht in der Weise, wie Herr Neuner es wünsche.

Senator Strack: Die Behörde habe noch viel eingehender beraten. Vor allem müsse dafür gesorgt werden, daß sich der Betrieb auch decke. Die Definition des Begriffs „Arbeiter“ sei außerordentlich schwierig.

Heinsohn wünscht mehr Stellen eingerichtet, wo man Fahrscheinhefte ohne jede Verbindlichkeit kaufen könne. Jetzt komme es vor, daß man hören müsse: „Wir verkaufen nur an Kunden.“ Ferner wünscht Redner die Nummern der Wagen zeichnerisch etwas schöner ausgeführt.

Senator Strack: In den Fahrscheinheften sollen die Nummern der Linien aufgeführt werden. Bezüglich des Fahrscheinheftverkaufs bitte ich um Bezeichnung der Geschäfte, die es unternehmen wollen.

Thiele bittet allen Personen die Vergünstigungen der sogenannten Arbeiterkarten zu gewähren. Wir seien alle Arbeiter.

Dr. Ziehl wünscht bessere Regulierung der Wagen nach Israelsdorf. Vor dem Burgtor könnten die Leute nicht mehr einsteigen, weil die Wagen stets vom Gewerbeplatz vollbesetzt ankämen.

Senator Strack: Ein Besserung ist ja schon eingetreten, seitdem die Wagen auch vom Bahnhof nach Israelsdorf fahren.

Heinsohn pflichtet Thiele bei. Nicht nur dem Handlungsgehilfen, sondern auch dem kleinen Gewerbetreibenden sollte die Vergünstigung der Arbeiterfahrkarten zuteil werden. Der Steuerzettel sollte maßgebend sein.

Neuner: Hätten Sie die Arbeiterkarte einfach Wochenkarte genannt, wäre es besser gewesen.

Senator Strack: Wenn die Karten Wochenkarten genannt werden, müssen wir Stempelsteuer bezahlen. Das ist eine beträchtliche Summe.

Maack (Vorrade) beschwert sich über ein Vorkommnis beim Wechseln während der Fahrt.

Senator Strack ersucht, solche Fälle der Behörde mitzuteilen. Es würde sofort Abhilfe geschaffen.

Der Gegenstand ist hiermit erledigt.

4. Antrag: Erlaß eines neuen Einkommensteuergesetzes.

Mühsam: Es ist nirgends angeführt, daß Kommissionsberatung stattfinden soll. Ein solcher Antrag sollte nicht gestellt werden, denn es handelt sich ja um keine neue Materie. Das Gesetz hat so viele Fahrten durchgemacht, daß eine weitere Kommissionsberatung absolut nichts Neues hervorbringen kann. Es kann sich nur um kleine Änderungen handeln, vielleicht um die Aktiengesellschaften. Dieser eine Punkt könnte ja herausgenommen werden. In dem Gesetz werden die wirtschaftlich schwachen Kräfte entlastet, und allein dieses sollte zur Verabschiedung führen.

Der Wortführer betont, daß ihm von den verschiedensten Seiten der Wunsch um sehr sorgfältige Beratung entgegengebracht worden sei. Das zu beratende Material sei ungeheuer groß. Seit 1910 seien viele Fragen aufgetaucht, er erinnere nur an eine erhöhte Steuer für Junggesellen, die sorgfältige Beratung erheischten und keine rasche Verabschiedung in heißen Sommertagen.

Senator Dr. Vermehren weist gleichfalls auf die wichtige Vorlage hin, doch beständen nur noch in zwei Punkten Differenzen zwischen Bürgerausschuß und Senat. Diese würden eine besondere kommissarische Beratung nicht erforderlich machen. Würden jedoch von der Bürgerschaft wesentlich neue Gesichtspunkte auftauchen, müßte eine Verabschiedung hinausgeschoben werden. Könnte man das Gesetz im neuen Rechnungsjahr verwenden, würden für die Bevölkerung große Erleichterungen geschaffen.

Dr. Ziehl: Gewiß ist es an der Zeit, die Vorlage zu verabschieden. Aber ich stimme mit dem Wortführer darin überein, daß das Material überwältigend ist. Zudem sind viele neue Bürgerschaftsmitglieder anwesend, die das alte Material gar nicht kennen. Und diese werden hoffentlich dagegen protestieren. Die Junggesellensteuer und die Frage der Abzüge muß geprüft werden, bei der letzteren Steuer geht Preußen weiter als wir vor. Die Deklaration und Strafen haben anderwärts viel Geld eingebracht. Es sind so viele Punkte, die Kommissionsberatung erfordern. Redner stellt den Antrag auf Kommissionsberatung.

Dr. Schlomer stimmt Dr. Ziehl bei, die Vorlage einer Kommission zu überweisen. Uns ist noch keine Gelegenheit gegeben worden, unsere Anschauungen darzulegen. Unser grundsätzlicher Standpunkt verlangt ein peinlich ausgearbeitetes Einkommensteuergesetz. Die Einkommensteuer ist die anpassungsfähigste und schmiegsamste von allen Steuern. Das fundierte Einkommen muß stärker getroffen werden als dasjenige, das aus der Arbeit der Hände resultiert. Um die ungerechte Gewerbesteuer wieder weg zubekommen, muß das höhere Einkommen stärker herangezogen werden. Wir fordern, daß Sie bei dieser Kommission auch unsere Fraktion hinzuziehen, das liegt im Interesse aller. Hoffentlich weichen Sie endlich vom alten Standpunkt ab. Alle Steuerzahler müssen wirklich nach ihrem Einkommen herangezogen werden, nicht nur nach einfacher Deklaration, dann hat auch die Steuerbehörde einen Anhalt; auch in Lübeck kommen große Steuerhinterziehungen vor. Nur auf diese Art kann Hinterziehungen vorgebeugt werden. Der Arbeiter muß jeden Pfennig versteuern, alles wird ihm nachgerechnet. Bei den Begüterten sagt man, man dürfe nicht in die Privatverhältnisse eingreifen, aber beim Arbeiter frägt man nicht danach. Hier zeigt sich die Klassengesetzgebung. Auch bei den Abzügen wird auf zweifache Art verfahren. Die Invalidenrenten müßten unter allen Umständen abzugsfähig sein. Die Beiträge zu den Gewerkschaften, die vielfach Unterstützungskassen geworden sind, müssen ebenso abzugsfähig sein wie die Beiträge zu den Berufskassen der Innungen. Die Einkommensgrenze sollte viel weiter hinaufgeschraubt werden, anderswo beginnt sie erst mit 900 Mk. Hierin sind wir rückständig, wir wünschen die Mindestgrenze auf 1000 Mk. festgesetzt. Ein solches Existenzminimum ist unter allen Umständen notwendig. Es sind auch nur noch wenige, die 600—900 Mark Einkommen haben. Dies zeigt auch, daß der Geldwert gesunken ist, und das Existenzminimum ein höheres geworden ist. Wir schlagen auch eine andere Berechnung der Einheiten vor. Doch um dies gründlich zu beraten, ist Kommissionsberatung notwendig. Die Begrenzung der Einheiten nach unten und oben halten wir nicht für richtig. Um bei den Behörden Sparsamkeit zu erzwingen, soll diese Begrenzung erfolgen. Sie wird aber auch der Bürgerschaft als Gespenst vorgeführt werden, und zwar hauptsächlich dann, wenn soziale Forderungen durchgesetzt werden sollen. Im einzelnen werden wir noch besondere Vorschläge bringen. Doch müssen Sie vor allem ein Mitglied von uns in die Kommission wählen, um dem größten Teil der Lübecker Bevölkerung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. (Beif. b. d. Sozialdem.)

Senator Dr. Vermehren pflichtet dem Vorredner darin bei, daß die Einkommensteuer die gerechteste und schmiegsamste Steuer sei. Diese Auffassung entspreche vollkommen dem herrschenden wissenschaftlichen System. Herr Dr. Schlomer habe aber selbst den Beweis erbracht, daß nicht alle Wünsche erfüllt werden könnten. Vor allem müsse man auch berücksichtigen, daß wir hier eine Vermögenssteuer hätten. Die Kreise, die von der steuerlichen Nachforschung betroffen würden, hätten sich schon längst an die Auskunft gewöhnt. Die Abzüge bei den Offizieren kämen nur dann in Betracht, wenn sie ein bestimmtes Maß nicht überschreiten würden. Wir müßten anderen Staaten gleichkommen. Ein Abzug der Gewerkschaftsbeiträge könne nicht stattfinden, weil sie neben gewerkschaftlichen auch politische Tendenzen verfolgten. Würde die Einkommensgrenze hinaufgedrückt, würden viele ihr Wahlrecht verlieren und das ist doch nicht der Wunsch der Parteigenossen des Herrn Dr. Schlomer. Gewiß sind 600 Mark Einkommen gering. Über die Festsetzung der Einheiten kann man verschiedener Meinung sein. Der Senat stimmt ihr zu, um den Zuzug nach Lübeck nicht zu verhindern. Praktische Erwägungen sprechen für eine bestimmte Bewegung nach oben und unten.

Es wird einstimmig Kommissionsberatung beschlossen.

5. Antrag: Von der Bürgerschaft dem Bürgerausschuß überwiesener und von letzteren dem Senate nicht entgegengebrachter Antrag von Dühring: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, zu prüfen, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist

nunmehr Pflichtfortbildungsschulen auch für die weiblichen gewerblichen kaufmännischen Lehrlinge einzuführen. Hierzu: Resolution einer vom Lübecker Lehrerinnenverein und andern Vereinen einberufenen Versammlung.

Heinsohn: Beim kleinen Befahigungsnachweis tritt mit Oktober 1913 der Zeitpunkt ein, wonach eine Prüfung abgelegt werden muß. Also verlangt schon die einfache Logik, hier ein Entgegenkommen zu zeigen. Am besten wäre es, die Angelegenheit der Oberschulbehörde zu überweisen. Die Kosten würden nicht zu groß werden, deshalb sollte dem Antrag stattgegeben werden.

Klein bittet den Antrag trotz der Ablehnung des Bürgerausschusses dem Senat zu überweisen. Über die Beratungen des Bürgerausschusses, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfänden, tappe man völlig im Dunkeln. Dem öffentlichen Interesse sei durch die Ablehnung nicht gedient. Eine freiwillige Teilnahme an den Kursen sei nicht zu empfehlen, denn gerade die, die den Unterricht am meisten gebrauchen, bleiben ihm fern. Deshalb ginge es nicht anders als durch Zwangskurse. Würden Kranken-, Invaliditäts- und andere soziale Versicherungen nicht zwangsweise eingeführt, stände es sehr schlimm damit. So sei es auch mit dem Schulzwang. Andere Staaten verlangen für die Frau die gleiche schulmäßige Ausbildung wie für Männer. Die Bürgerschaft sollte einen noch viel weitherzigeren Standpunkt einnehmen, als der Antrag verlangt.

Hinkeldeyn: Die Handelskammer und die große Zahl der Kaufleute steht auf dem Standpunkt, daß für die kaufmännischen weiblichen Angestellten eine theoretische Vorbildung wünschenswert ist und die hiesige Kaufmannschaft hat auch eine freiwillige Einrichtung geschaffen. Einem Zwang kann die Handelskammer nicht das Wort reden. Was dem noch entgegensteht, ist das Fehlen eines regelrechten Lehrgangs. Die Kosten würden auch zu hoch. Gefördert wird die Fortbildung der Mädchen, die sich mit Ernst ihrem kaufmännischen Beruf widmen.

Senator Dr. Vermehren: Was Herr Hinkeldeyn für die weiblichen kaufmännischen Lehrlinge sagte, gilt auch für die gewerblichen. Erst müssen die schon angedeuteten Vorbedingungen geschaffen werden.

Dr. Schlomer: Die Sachverständigen haben so viel Beweise geliefert, daß eine gute Ausbildung für die weiblichen Lehrlinde eintreten muß, daß dem nichts mehr hinzuzusetzen ist. Durch Zwang kann es nur erreicht werden. Wer dagegen ist, tut es nur, weil er die billige Arbeitskraft während der Schulstunden nicht missen will. Vor der modernen Entwicklung können wir mit dem alten Stand nicht mehr haltmachen, deshalb ersuchen wir um Zustimmung zu dem Antrag, dem natürlich noch manches hinzuzufügen wäre.

Dimpker weist eine Ausführung Kleins, die dieser gegen den Bürgerausschuß gebraucht hatte, zurück. Die Handelskammer und der Bürgerausschuß habe bestimmt erklärt, daß eine plötzliche Umgestaltung einfach nicht eintreten kann.

Heinsohn: Eine Übergangszeit muß selbstredend erst eingeführt werden, und nur bei etwa gleichen Vorbedingungen kann das Gesetz durchgeführt werden.

v. Schack fürchtet die enormen Kosten, die die Schule erfordern würde und erinnert an andere Schulen, z. B. die Baugewerbeschule, die bedeutend mehr Geld verschlungen hätten als erst angenommen wurde. Die meisten würden den Beruf ja doch nicht als Lebensberuf auffassen und bei einem Schulzwang würden sie als Dienst- oder Fabrikmädchen gehen. Zudem kennen sie nicht mal die deutsche Sprache. Das ganze Geld für die Schule wäre hinausgeworfen. Lehnen sie den Antrag ab.

Heinsohn weist wiederholt auf die Gesetzesbestimmung hin, die eine gewisse Ausbildung erfordere.

Senator Dr. Eschenburg: Die Frage der gewerblichen weiblichen Lehrlinge wird geprüft, und von der zwangsweisen Weiterbildung der kaufmännischen wird allgemein abgeraten.

Meyer nimmt die weiblichen kaufmännischen Angestellten in Schutz, die auf einer sehr hohen Bildungsstufe stehen. Es steht gar nichts im Wege, dem Senat die Vorlage entgegenzubringen.

Schlemann: Die Gegner haben doch jedenfalls gewünscht, daß die Weiterbildung stattfinden soll. Dagegen kann man nichts haben. Ich stehe überhaupt auf dem Standpunkt, daß alle jungen Leute mit mangelhafter Bildung eine Pflichtfortbildungsschule besuchen müssen. Erstes Erfordernis für die Mädchen ist auch, daß sie so gut wie der Mann einen geordneten Lehrgang durchmachen. Von einem Lehrgang in irgendeinem Institut ist gar nichts zu halten, die Leute wissen, wenn sie diese nach 6 Wochen verlassen, von rein gar nichts. Solange nicht die Frage eines ordnungsmäßigen Lehrganges erledigt ist, lehne ich jeden Pflichtfortbildungsschulunterricht für die kaufmännischen weiblichen Lehrlinge ab.

Dimpker verspricht sich von einer zwangsweisen Schule nichts, empfiehlt jedoch, eventuell die Worte „kaufmännischen" zu streichen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Tegtmeyer (Moisling): Bravo!

Heinsohn stellt nun den Antrag erneut, unter Fortlassung der Worte „weiblichen kaufmännischen".

Dieser abgeänderte Antrag wird dem Bürgerausschuß überwiesen.

6. Antrag: Antrag Böbs: Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, den § 2 des Gesetzes, den Bebauungsplan für die Vorstädte der Stadt Lübeck betr., einer Revision unterziehen zu lassen.

Böbs erklärt seinen Antrag und beschwert sich, daß einem Anlieger in der Israelsdorfer Allee die Bauerlaubnis versagt worden sei, trotzdem eine Verschönerung dadurch eingetreten wäre. Wenn die Baufluchtlinie ein Gebäude schneidet, sollte nicht gleich das Gesetz angewendet werden. Im Steinrader Weg z. B. würden eventuell bei Anwendung des Gesetzes verschiedene schwer geschädigt. Jedenfalls sollte bei Gebäuden, die früher errichtet wurden, die neue Baufluchtlinie nicht gelten, nur für die neu zu errichtenden Häuser dürfte sie Kraft erhalten.

Wandke pflichtet dem Vorredner bei, denn durch strikte Anwendung des Gesetzes würden manche schwer geschädigt werden.

Der Antrag von Böbs wird dem Bürgerausschuß überwiesen.

Ein Antrag Maibaum will eine einheitliche Regelung der Gehalte der lübischen Zollbeamten.

Maibaum begründet ihn und weist auf die unzulängliche Gehaltszulage der im lübeckischen Staatsdienst stehenden Zollbeamten hin. Durch eine bestimmte Aufteilung würden z. B. vom Schutzmannsdienst übergetretenen die Gehälter aufgeteilt, ohne ihnen die frühere Dienstzeit anzurechnen, wie es in Preußen der Fall ist. Die Stellen- und Stationszulagen wurden den Beamten genommen. Juristisch war es ungerecht. Zudem spielt die Frage gar keine große Rolle, denn das Reich vergütet dem lübschen Staat die Gehalsbeträge wieder. Die ganze Regelung wird verschieden gehandhabt. Beamte, die zu gleicher Zeit angestellt wurden, werden unterschiedlich im Gehalt gestellt, auch andere Härten liegen vor. Wie eigenartig die Handhabung geschieht, zeigt sich bei einem Beamten, der befördert wurde und jetzt trotz dieser Beförderung fünf Mark weniger Gehalt bekommt als früher.

Senator Dr. Vermehren erklärt die Entwicklung der Gehaltsverhältnisse lübscher Zollbeamten. Jetzt sei alles geordnet, der Senat habe sofort nach einer juristischen Entscheidung die Regelung vorgenommen. Wenn früher die Schutzleute zum Zoll übergingen, verbesserten sie sich. Jetzt beziehen die Schutzleute ein Gehalt von 1700—2500 Mk., die Zollbeamten ein solches von 1690—2390 Mk. Nach § 18 des Beamtengesetzes vom Jahre 1911 muß ein Beamter bei Versetzung in eine höhere Gehaltsklasse eintreten. So hat, um neuerdings übergetretenen diesen Vorteil zukommen zu lassen, der Senat eine Anzahl Dienstjahre angerechnet. Daher resultiert die Beanstandung des Vorredners.

Maibaum ersucht wiederholt um Zustimmung seines Antrages.

Köster pflichtet dem Vorredner bei. Es bestünden viele Bedenken gegen die Gehaltsverhältnisse der Zollbeamten, die erst im Bürgerausschuß geprüft werden müßten.

Lippert wünscht gleichfalls Überweisung an den Bürgerausschuß.

Senator Dr. Vermehren: Gegen die Prüfung im Bürgerausschuß hat der Senat nichts einzuwenden. Gleichgültig ist es aber noch lange nicht, ob wir eine neue Gehaltsregelung vornehmen. Dem pflichtet das Reich nicht ohne weiteres bei.

Der Antrag wird angenommen.

In die Kommission betreffend Erlaß eines neuen Einkommensteuergesetzes wurden gewählt: Dr. Ihde, Schiemann, Dr. Ziehl, Dr. Schlomer, Klein, Dr. Hartwig und Wandke.

Schluß 1¼ Uhr.

Aus der Partei.

Der Polizeikampf um die roten Kranzschleifen in Breslau dauert ununterbrochen an. Ein besonders krasser Fall kam diese Woche vor Gericht zum Austrag. Die Polizei attackierte den Leichenzug der alten Genossin Weineck, der sich nur von der Leichenhalle des Friedhofes bis zum Grab bewegt, um sich mit Gewalt der Kränze und Schleifen zu bemächtigen. Als die Polizeifinger sich nach dem Zeichen der Pietät ausstreckten, trat der Sohn der Verstorbenen dem Wachtmeister entgegen, wehrte ihn ab und rief: „Der Kranz gehört meiner toten Mutter!" Der Wachtmeister riß trotzdem die Schleife ab, und der Sohn erhielt eine Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Selbst der Staatsanwalt sah in Anbetracht der Sachlage den Fall „milde" an und beantragte „nur" 10 Mk. Geldstrafe. Das Gericht gab sich mit 5 Mk. zufrieden, weil das Vorgehen der Polizei auf den Friedhöfen doch geeignet sei, „böses Blut" zu machen. — Sehr milde gesagt!

Gewerkschaftsbewegung.

Die Antwort der Arbeiterschaft. Wir haben bereits von den Gewaltmaßnahmen der Regierung der „freien" Schweiz gegen die streikenden Schlosser in Zürich berichtet. Die Gesamtarbeiterschaft Zürichs will sich aber diese Maßnahmen nicht stillschweigend gefallen lassen. Als Protest gegen dieselben hat sie einen Generalstreik proklamiert, der am Freitag begonnen hat. Mit großer Einmütigkeit ist derselbe durchgeführt worden. Am Sonnabend stockte Handel und Verkehr vollständig. Die Regierung hat natürlich Militär aufgeboten. Die Arbeiterschaft aber läßt nicht mehr mit sich Schindluder treiben.

Steinsetzerstreik. In Hannover sind die Steinsetzer und Rammer bei drei Firmen in den Ausstand getreten. Sie verlangen Lohnerhöhung und vom 1. April 1913 ab die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit. Der in Betracht kommende Arbeitgeberverband hat bis jetzt den Abschluß eines Tarifes abgelehnt, „weil doch keiner an denselben gebunden sei". — Vielleicht bekehrt man sich jetzt zu einer anderen Meinung.

Zur Beilegung des Konflikts in der Metallbranche in Hannover ist aus dem Einigungsprotokoll noch nachzutragen: Über die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung soll eine Verständigung in den einzelnen Werken zwischen Unternehern und Arbeitern herbegeführt werden. Wo es nicht zu einer Verständigung kommt, wird vorläufig die von den Unternehmern gewünschte Verteilung vorgenommen. Drei Monate nach Wiederaufnahme der Arbeit soll jedoch durch eine Abstimmung der gesamten Belegschaft, zu der auch die von der Verkürzung betroffenen Werksbeamten zu zählen sind, der Wunsch der Majorität maßgebend sein. Ausschlaggebend sind drei Fünftel der abgegebenen Stimmen. Die Abstimmung erfolgt durch Stimmzettel. Die Einstellung der Arbeiter erfolgt nach Maßgabe der Betriebs- und Bedarfsverhältnisse der Werke. Bei der Einstellung sollen die Arbeiter, soweit wie möglich, ihre alten Arbeitsplätze wieder erhalten. Die Einstellung hat derart zu erfolgen, daß zunächst alle vor dem Streik und der Aussperrung beschäftigten Arbeiter der Betriebe eingestellt werden, soweit sie sich bis zum Mittag des 15. Juli gemeldet haben. Dann erst kommen bei weiterem Bedarf fremde Arbeiter in Frage. Es darf keinerlei Belästigung arbeitswillig gebliebener, inzwischen neu eingestellter, oder streikender oder ausgesperrter Arbeiter vorkommen. Jede derartige Belästigung wird nach der Arbeitsordnung bestraft, gegebenenfalls durch Entlassung. Bis zum 5. August können die Arbeiter an ihre alte Arbeitsstätte ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises zurückkehren. Vom 6. August ab tritt der Arbeitsnachweis für alle Arbeiter wieder in seine Wirksamkeit.

Zum Streik der Arbeiter am Mittellandkanal bei Minden. Der Streik der Kanalarbeiter der Firma Held u. Franke in Minden dauert nun schon über fünf Wochen. Einigungsverhandlungen scheiterten an dem Herrenstandpunkt der Firma. Alle übrigen Firmen, die an den Arbeiten dieser Kanalstrecke beteiligt sind, zahlen die üblichen Löhne, die zu zahlen die Firma Held u. Franke strikte ablehnte. Die Werbeagenten dieser Firma durchziehen jetzt Deutschland und das Ausland, um Arbeitswillige einzufangen. Es gelang ihnen auch, unter großen Versprechungen mehrere Trupps zusammen zu bringen. Als diese Herausreißer in Minden aber den wahren Sachverhalt erfuhren, zogen sie zum größten Teil wieder nach ihrer Heimat und die Firma hatte das Nachsehen und die hohen Transportkosten. Die Arbeitswilligen, die zur Baustelle gingen, sind nur minderwertige Arbeitskräfte. Die Hauptsache ist aber für die Firma, daß der Baggerbetrieb wieder eröffnet werden konnte, wenn die Bagger auch nicht die Hälfte von dem schaffen, was früher an Erdmassen befördert wurde. Es sollte ja auch nur der Zweck erreicht werden, die Streikenden zu schrecken. Während vor dem Streik die Firma mit 480 Mann arbeitete, sind jetzt als Arbeitswillige 60 Ungarn, 20 Kroaten, 25 Italiener, 30 Holländer und 15 bis 20 Deutsche tätig. — Neuerdings bringen bürgerliche Blätter die Nachricht, der Streik bei der Firma Held u. Franke in Minden sei beendet. Das ist ein durchsichtiges Schwindelmanöver. Die Streikenden halten nach wie vor fest zusammen, bis die Firma die gerechten und billigen Forderungen bewilligt hat. Zuzug von Maschinisten, Heizern und Erdarbeitern ist von diesem Arbeitsplatze streng fern zu halten.

Aufreizung zum Verbrechen. Eines der widerwärtigsten Preßprodukte ist die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung". Es gibt keine Nummer, in der das von den Scharfmachern ausgehaltene Blatt nicht in der niederträchtigsten Art gegen die Arbeiter hetzt. In seiner letzten Nummer vom 7. ds. Mts. hat das Blatt die Höhe erreicht, es fordert zum Totschlagsverbrechen an Streikende auf. Aus Zürich läßt es sich über den Fall Kaiser-Wydler schreiben. Wydler wurde bekanntlich von einem der Schützlinge der „Arbeitgeber-Zeitung" niedergeschossen, als er denselben auf die Verwerflichkeit seiner Streikbrechertätigkeit im Züricher Malerstreik aufmerksam machte. Da Kaiser noch dazu „christlich" organisiert ist, hat diese Befolgung des „christlichen" Grundsatzes „Du sollst nicht töten!" dem Scharfmacherorgan besonders imponiert. Da Kaiser von dem bürgerlichen Gericht, wie nicht anders zu erwarten war, überdies freigesprochen wurde, so ist es auch „bewiesen", daß der aus dem Nebenzimmer hinterlistig schießende Kaiser ein mindestens ebenso anständiger Kerl ist, wie die „Arbeitgeber-Zeitung" wünscht, daß alle Streikbrecher wären. Deshalb kommt sie wohl auch zu dem folgenden Schluß: „Im übrigen war die Tat ein gehöriger Fingerzeig, daß die Arbeitswilligen sich selber helfen müssen, wenn der Wille oder die Fähigkeiten dazu bei den Behörden nicht vorhanden ist." Also weil es in der Schweiz noch kein Gesetz gibt, das verbietet, Streikbrecher anzureden, sie auf das Verwerfliche ihrer Handlungsweise aufmerksam zu machen, deshalb sollen einfach diese Elemente jeden niederknallen, und das ist im Sinne der „Arbeitgeber-Zeitung" „Selbsthilfe." Jedes weitere Wort der Kritik vor solch moralischer Verkommenheit wäre zu viel.

Wie man Streiks bekämpft. In Antwerpen wurden sämtliche Vorstandsmitglieder der Seeleute-Gewerkschaft verhaftet, weil sie angeblich versucht haben sollen, Arbeitswillige von einigen Reederfirmen fernzuhalten.

Kommunales.

Nicht zu beugen! Trotz zweimaliger Nichtbestätigung durch die Regierung wählte der Gemeinderat in Gera zum dritten Male die sozialdemokratischen Mitglieder Rohmann und Fischer als Stadträte.

Ein Nachspiel zum Bergarbeiterstreik.

In der Nacht zum 19. März wurden in Asseln vor den Häusern einiger Bergleute Dynamitpatronen zur Explosion gebracht, die besonders an einer Stelle erheblichen Materialschaden verursachten. Menschen sind nicht verletzt worden. Drei der Attentate sind gegen Arbeiter gerichtet worden, die sich zuerst mit am Streik beteiligt hatten und dann arbeitswillig geworden waren. Ein viertes Attentat wurde gegen den Vorsitzenden der Zahlstelle Asseln des Deutschen Bergarbeiterverbandes verübt. Die arbeiterfeindliche Presse wußte von diesem vierten nichts zu melden und sie benutzte im übrigen den Vorfall zu einer Hetze gegen die Sozialdemokratie, die solche Vorgänge selbstredend entschieden verurteilt.

Acht Bergleute kamen unter der Anschuldigung, die Attentate gemeinschaftlich geplant und verübt zu haben, in Untersuchungshaft. Sie heißen: Fritz Schaper, Friedrich Ackermann, Heinrich Sawatzki, Gustav Huckschlag, Ewald Blank, Gustav Jungermann, August Dahlhoff und Wilhelm Meier. Außer Schaper sind alle Verhafteten junge Burschen. Die Anregung zu den Attentaten soll Schaper gegeben haben. In seiner Wohnung soll, aufgemuntert und „begeistert" durch reichlichen „Genuß" von Junkerfusel, der Plan ausgeheckt worden sein. Schaper, der früher Schießmeister auf der Zeche „Holstein" war, soll auch die Dynamitpatronen beschafft haben. Entgegen den Meldungen der bürgerlichen Presse hat die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung" festgestellt, daß wohl alle beteiligten acht Bergleute mitgestreikt haben, daß aber nur Schaper ein halbes Jahr Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen, aber bereits im Dezember vorigen Jahres wieder ausgetreten ist. Sonst ist keiner der Verhafteten Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen; auch Schaper war kein „sozialdemokratischer Agitator". Der Gewerkschaft hat auch nur einer der Beteiligten angehört.

In der Verhandlung, die am Freitag vor dem Schwurgericht Dortmund stattfand, waren gegen 80 Zeugen und ein Oberbergrat (als Gutachter) geladen, einige Zechenbeamte wurden von den Verteidigern als Geschworene abgelehnt. Drei der Rechtsanwälte erklärten, daß ihnen keine Zeit geblieben sei, die Akten genauer einzusehen! Der Antrag auf Vertagung wurde abgelehnt, indes wurde eine Pause von einer Stunde eingeschoben, damit die Rechtsanwälte Zeit zu genauerer Unterrichtung bekämen! Das ist jedenfalls ein ganz ungewöhnlicher Vorgang.

Von den Angeklagten ist der älteste, Schaper, 31 Jahre, der jüngste, Huckschlag, erst 17 Jahre alt. Alle blieben geständig, sie bestritten aber, daß sie das Leben von Personen gefährden oder Häuser hätten beschädigen wollen, sie wollten den Arbeitswilligen nur einen Schreck einjagen, „daß nicht mehr so viel zur Zeche gehen sollten". Schaper hat die anderen Angeklagten veranlaßt, mit in seine Wohnung zu kommen. Dort wurde, nachdem tagsüber schon „ordentlich" getrunken worden war, ein Liter Schnaps getrunken. Schließlich spießte Schaper ein Brotmesser in den Tisch und drohte jedem, der etwas verrate, daß er Bekanntschaft mit dem Messer machen würde! Schaper hatte die Patronen mit nach Hause genommen, weil, ehe er auf der Zeche zum Schießen kam, die Schicht zu Ende war. Die Carbonidpatronen wurden verteilt und die betreffenden Häuser angewiesen. Einige der Beteiligten kamen dem Auftrag in weiterer Folge nicht nach, sie erklärten nachher, daß sie gestört worden seien. Vor Gericht betonten sie, daß sie nur aus Angst das Dynamit genommen, die Ausführung aber innerlich gleich abgelehnt hätten. Die Angeklagten erklärten fast alle, daß sie angetrunken gewesen seien. Von Schaper sagte eine Wirtin aus, daß er sehr betrunken gewesen sei.

Von den Leumundszeugen wurde allen Angeklagten ein gutes Zeugnis ausgestellt.

Der Staatsanwalt fand einen Grund für die Anschläge nur in der Erregung der Streikzeit. Die Strafe des Sprengstoffgesetzes bezeichnete er als hart, aber nicht zu hart. Alle Angeklagten seien voll schuldig.

Fünf Rechtsanwälte gaben sich erfolgreich Mühe, den schwersten Anklagepunkt — die Verabredung — fortzuräumen. Die Geschworenen sprachen nach langer Beratung alle Angeklagten von der Verabredung frei, bei vier wurde die Schuldfrage bejaht, ob sie vorsätzlich durch Anwendung von Sprengstoffen (Carbonid) Gefahr für Leben, Gesundheit und Eigentum anderer Personen herbeigeführt. Bei Schaper wurde auch die Frage nach strafbarem Besitz von Sprengstoffen bejaht. Bei vier anderen Angeklagten wurde die Schuldfrage bejaht, daß sie Kenntnis von den Anschlägen gehabt und keine Anzeige gemacht hätten.

Der Staatsanwalt beantragte ganz ungeheure Strafen, nämlich bei Schaper **13 Jahre Zuchthaus** und 10 Jahre Ehrverlust, bei Jungermann, Meier und Sawatzki je **6 Jahre Zuchthaus**, bei Ackermann **5 Jahre Gefängnis**, bei Blank und Dahlhoff je **4 Jahre Gefängnis**, bei Huckschlag **2 Jahre Gefängnis**. Das sind zusammen **31 Jahre Zuchthaus** und **15 Jahre Gefängnis**, zusammen 46 Jahre!

Um 1 Uhr nachts wurde das Urteil verkündet. Schaper erhielt **6 Jahre Zuchthaus** und 6 Jahre Ehrverlust, Meier, Sawatzki und Jungermann erhielten je **3 Jahre Zuchthaus** und 4 Jahre Ehrverlust, Ackermann erhielt **1 Jahr Gefängnis**, Blank und Dahlhoff kamen mit je 9 Monaten Gefängnis weg, Huckschlag erhielt 5 Monate Gefängnis. Das macht **15 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Gefängnis**, zusammen also 18 Jahre.

Auch dieses furchtbare Urteil ist, wie so viele der vorhergehenden, nur zu erklären als die Folge einer Ausnahmejustiz, die ihre Spitze nicht so sehr gegen einzelne Anklagen, als vielmehr gegen die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft richtet.

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder ein Justizirrtum. Das Schwurgericht in Essen sprach den Bergmann Von dem Winckel aus Hörde in Westfalen, der im Jahre 1901 wegen Straßenraubes und räuberischer Erpressung zu 11 Jahren Zuchthaus (!) verurteilt worden war, im Wiederaufnahmeverfahren frei. Die Geschworenen nahmen auf Grund verschiedener ärztlicher Gutachten an, daß der Angeklagte Von dem Winckel, der einen großen Teil der Strafe bereits verbüßt und den anderen Teil im Irrenhause zugebracht hat, sich zurzeit der Begehung der Tat in einem Zustande krankhafter Störung des Geistes befunden habe.

Aus Nah und Fern.

Vierzehn Tage ohne Nahrung. In einer Berliner Laubenkolonie fanden am Sonnabend zwei Arbeiter einen Mann, der bis zur Unkenntlichkeit abgemagert war und nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Sie schafften den Unbekannten nach der Unfallstation, wo ihm stärkende Flüssigkeiten eingeflößt wurden. Als der Kranke die Besinnung wiedererlangt hatte, erzählte er seine Lebensgeschichte. Es handelt sich um den 57 Jahre alten Gelegenheitsarbeiter Willy Schulz. Der Mann war früher Gutsbesitzer in Pommern, kam aber durch Trunksucht vollständig herunter. Als er aufgefunden wurde, hatte er seit nahezu 14 Tagen nichts mehr genossen. Er war schwer berauscht in dem Graben in der Laubenkolonie eingeschlafen und vermochte sich später vor Schwäche nicht mehr zu erheben. Der Mann wurde dann nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus geschafft, wo er in hoffnungslosem Zustande daniederliegt.

Geschoßexplosion. Auf dem Schießplatz Kummersdorf bei Berlin ereignete sich ein Unglücksfall, durch den ein Kanonier der Versuchsbatterie der Artillerieprüfungskommission getötet und vier andere, davon zwei schwer verletzt, wurden. Beim Absuchen des Platzes nach Sprengstücken der verschossenen Munition hat ein Kanonier ein blindgegangenes, noch mit Zünder versehenes Geschoß, entgegen dem strengen Verbot, aufgehoben und auf den zur Aufnahme der Sprengstücke bestimmten Wagen geworfen, wobei das Geschoß explodierte.

Einer Aconithinvergiftung zum Opfer gefallen ist der Genosse Max Freudenberg aus Dresden, der bis zu seinem Tode in Zittau bei der „Volkszeitung" als Buchhalter tätig war. Trotzdem den Genossen dieses tragische Geschick bereits am 13. Juli vorigen Jahres ereilte, konnte der Tatbestand erst jetzt vor der Strafkammer des Landgerichts in Hirschberg festgestellt werden. Genosse Freudenberg war mit seiner Familie am 10. Juli vorigen Jahres nach Oberleppersdorf bei Landshut in Schlesien zum Ferienaufenthalt gereist. Am 23. Juli stellten sich bei ihm derartige Kopfschmerzen ein, daß er den Arzt in Anspruch nehmen mußte. Dieser verschrieb ihm Pillen, zu denen Aconithin in Mengen von zwei Milligramm auf zwanzig Pillen verwendet werden sollte. Nach dem Genuß der ersten zwei Pillen, von denen zweimal täglich jedesmal zwei Stück zu nehmen waren, stellten sich bei Freudenberg Leibschmerzen ein, die sich nach dem Genuß der nächsten zwei noch wesentlich verschlimmerten. Es gesellte sich ein allgemeiner Schwächezustand hinzu. Der Zustand verschlimmerte sich in der Nacht zum 14. Juli derart, daß die Frau Freudenberg den Arzt Dr. Nädler-Landshut, der die Pillen verschrieben hatte, holen ließ. Es war aber zu spät. Genosse Freudenberg verschied unter heftigen Schmerzen. Allgemein machte sich die Meinung geltend, daß Freudenberg an Vergiftung gestorben sei. Trotzdem konstatierte Dr. Nädler Gehirnschlag. Dr. Schönebeck-Görlitz stellte aber fest, daß 4,8 Milligramm Aconithin verwendet worden waren: eine Menge, die genügt, um den Tod eines Menschen herbeizuführen. Das Gericht sprach den der fahrlässigen Tötung angeklagten Provisor Kolbe jedoch frei, weil nicht mit Sicherheit festgestellt werden konnte, ob dieser die Pillen angefertigt hatte. Die Frau wird nun gegen den verantwortlichen Apotheker ihre Ansprüche geltend machen.

Gekentert. Auf dem Bodensee in der Nähe von Rorschach kenterte gestern nachmittag bei hohem Wellenschlag ein Kahn. Elf Personen, meistens Frauen, ertranken.

Eine Familie ertrunken. In Oranienburg versank beim Baden im Finnow-Kanal gestern plötzlich der 12jährige Sohn des Heizers Köhler. Um ihn zu retten, sprang die Mutter ins Wasser, wurde aber von dem Knaben hinabgezogen, und auch der Vater, der die beiden zu retten versuchte, versank. Alle drei Leichen wurden später geborgen.

Wieder eine Kesselexplosion. In dem Hüttenwerk in Dornewitz verunglückten nach einer Meldung aus Graz infolge einer Kesselexplosion zwei Arbeiter tödlich, während zwei weitere Arbeiter schwer verletzt wurden.

Liebesdrama. Ein junger Kaufmann namens Rosenkranz in Crefeld gab auf seine Geliebte einen Revolverschuß ab und tötete sich dann selbst. Das Mädchen ist schwer verletzt.

Zwei Kinder verbrannt. Wie die Kölner Blätter aus Eil, Kreis Mülheim am Rhein, melden, brach in einem Schuppen der dortigen Dynamitfabrik Feuer aus. Im Augenblick stand das ganze Gebäude in Flammen. Zwei Kinder, die in dem Schuppen spielten, sind verbrannt.

Der Säugling im Gefängnis. Den Ruhm, Säuglinge ins Gefängnis gebracht zu haben, teilt mit der Justiz des Ruhrgebiets das heilige Köln. In einem Schöffengerichtssaal saß dieser Tage eine Frau mit einem 13 Monate alten Kindchen, mit dem sie schon zwei Wochen im Gefängnis zugebracht hatte. Sie war angeklagt, die Kölner Armenverwaltung und den katholischen Elisabethenverein, den letzteren um 6 Mk., die erstere in vier Fällen um je 8,11 Mk. „beschwindelt" zu haben. Um Brot und eine Strohunterlage für sich und ihren Säugling zu bekommen, hatte sie einen falschen Namen und Familienstand angegeben. Das Gericht sprach sie frei, da die Zeugen erklärten, daß die Frau die Beträge bei wahrheitsgemäßen Angaben auch bekommen hätte. Welche der „Wohlfahrtseinrichtungen" hat es auf dem Gewissen, die arme Frau von ihren drei andern Kindern gerissen und sie mit dem Säugling ins Gefängnis gebracht zu haben? Glaubte man an — Fluchtverdacht bei der Mutter von vier Kindern?

Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksboten" zu agitieren.

Ein entsetzliches Unglück ereignete sich in dem Bamberg benachbarten Dorf Sassendorf. Seit einigen Tagen wird dort auf dem Grundstück des Besitzers Schmittschmitt an einem Brunnen eine Reparatur vorgenommen. Freitag bemerkten Arbeiter, daß sich in dem Brunnen Stickluft gebildet hatte. Zu deren Beseitigung wurde ein Bund Stroh angezündet und in den Brunnen geworfen. Nachmittags stieg dann der Arbeiter Zwosta in den Brunnen hinab. Als er sich in etwa zwölf Meter Tiefe befand, wurde er von den Gasen betäubt und stürzte in die Tiefe, wo er tot liegen blieb. Das gleiche Schicksal traf den Besitzer des Brunnens. Der älteste Dienstknecht, der seinem Herrn nachstieg, verlor ebenfalls die Besinnung und stürzte so unglücklich, daß er mit den Füßen auf eine Eisenschiene aufschlug und mit dem Kopf nach unten hängen blieb. Er fand gleichfalls seinen Tod. Jetzt wurde der Ökonom Ziegelhöfer angeseilt hinuntergelassen. Auch er verlor, von den Gasen betäubt, die Besinnung und konnte nur mit Mühe wieder nach oben gezogen werden. Schwer krank wurde er ins Spital gebracht. Erst in später Nachtstunde gelang es, die drei Leichen zu bergen.

„Erster Klasse". Ein amüsantes Begebnis wird im „Bayerischen Wochenblatt" erzählt. Am letzten Dienstag bestieg in Ludwigshafen ein Reisender den nach Germersheim abgehenden Eisenbahnzug. Er benutzte ein Abteil erster Klasse. Dort fand er schon einen Passagier vor, der den Ankömmling mit kritischen Blicken musterte. Der Eintretende entbot dem anderen Herrn den üblichen Gruß, ohne daß dieser erwidert wurde. Kaum hatte der Neuangekommene Platz genommen, entwickelte sich folgendes Gespräch:

Der Erste: Haben Sie Fahrkarte erster Klasse?
Der Zweite: Warum stellen Sie diese Frage?
Der Erste: Dies hier ist Abteil erster Klasse!
Der Zweite: Das ist mir bereits bekannt. Haben Sie Fahrkarte erster Klasse? Ihre Frage finde ich ungehörig. Womit wollen Sie diese rechtfertigen?
Der Erste: Ich bin hier Kontrollbeamter im Zug!
Der Zweite: Dann, bitte, stellen Sie sich erst vor.
— Ich bin Mitglied der Kgl. Bayerischen Kammer!

Der Herr „Kontrollbeamte" entpuppte sich dann als königlich bayerischer Eisenbahndirektionsrat. Der Landtagsabgeordnete aber hatte die Höflichkeit des Herrn Direktionsrates genugsam kennen gelernt und zog es vor, ein Abteil zweiter Klasse aufzusuchen, trotz der nunmehrigen freundlichen Einladung des Herrn an den Abgeordneten, ihm seine Gegenwart nicht zu entziehen. Die Situation mochte dem Herrn Direktionsrat nun doch wohl etwas unbehaglich vorkommen, denn nach einer Weile suchte er den Abgeordneten in der zweiten Klasse auf und bat ihn, doch noch „einen Augenblick" zu ihm herüberzukommen — jedoch ohne Erfolg. — Zum Glück war der Reisende kein Zentrumsabgeordneter, sondern „nur" ein sozialdemokratischer.

Schwerer Eisenbahnunfall. Freitag abend entgleisten zwischen Titisee und Neustadt von dem um 8 Uhr 7 Min. von Titisee abgehenden Personenzug zwei Wagen. Drei Kinder wurden getötet, zwei Personen erlitten schwere Kopfverletzungen.

Schweres Unglück bei einer Feier. Bei der Huß-Feier in Dobritsch bei Pilsen stürzte ein Wagen um. Dabei wurden zwei Arbeiter getötet, drei schwer und sieben leichter verletzt.

Schlimme Folgen eines Leichtsinns. In Zuffenhausen bei Stuttgart goß eine 70jährige Frau, die sich bei ihren dort verheirateten Söhnen vorübergehend aufhielt, auf ein Kohlenbügeleisen Spiritus, um es schneller zu erhitzen. Dabei explodierte das Gefäß mit dem Spiritus. Der Frau verbrannten die Kleider buchstäblich auf dem Leibe, sodaß sie schwerverletzt in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Auch zwei kleine Enkelkinder der Frau, die in der Nähe spielten, erlitten schwere Brandwunden.

Der Apotheker als weise Frau. Ein neuer Sittenskandal, durch den auch mehrere Damen der Pariser Gesellschaft stark kompromittiert erscheinen, beschäftigt augenblicklich, wie aus Provins gemeldet wird, die dortige Polizeibehörde. In Provins verhaftete die Kriminalpolizei den Apotheker Bonnefou, der angeklagt wird, sich in zahlreichen Fällen des Verbrechens gegen das keimende Leben schuldig gemacht zu haben. Die ganze Angelegenheit kam durch einen Wirtshausstreit zu Ohren der Polizei. Vor einigen Tagen geriet in einer Schänke der Apotheker mit einem Arbeiter, dessen Braut sich von dem Verhafteten hatte behandeln lassen und an den Folgen der Behandlung gestorben war, in Streit, in dessen Verlauf der Arbeiter auf den Apotheker mehrere Revolverschüsse abfeuerte. Die Polizei stellte nun umfassende Ermittelungen an, die zu dem Ergebnis führten, daß zahlreiche Frauen und Mädchen, selbst aus den „besten" Gesellschaftskreisen, zu den Patientinnen des Apothekers gehörten.

69 Wallfahrerinnen verbrannt. Ein großes Brandunglück hat sich in der russischen Eisenbahnstation Morodowa ereignet. Gestern abend waren hundert Bäuerinnen im Bahnhof, um eine Wallfahrt anzutreten. Da die Warteräumlichkeiten für so viele Personen nicht ausreichten und der nächste Zug die Station erst früh passierte, wurden die Bäuerinnen in zwei in der Station befindlichen Waggons sowie in einem hölzernen Schuppen, der sonst für Schweinetransporte dient, untergebracht. In diesem Holzbau brach um Mitternacht Feuer aus und ehe noch Hilfe zur Stelle war, standen der Schweineschuppen sowie die in der Nähe befindlichen beiden Waggons in hellen Flammen. Von den Bäuerinnen waren 69 verbrannt, die übrigen konnten mit Mühe gerettet werden. Zweifellos waren die meisten der Opfer erstickt.

Opfer des Meeres. Der schwedische Schoner „Nordkap" aus Landskrona, der mit einer Ladung Kohlen von Stettin nach dem dänischen Hafen Middelfahrt unterwegs war, ist in der Ostsee untergegangen, wobei die gesamte, **aus 20 Mann** bestehende Besatzung **ertrank**.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 10. Juli.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30—1,35 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 3,00—4,00 Mk. Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stück 1,30—1,60 Mk., Tauben Stück 55—65 Pf., Gänse — Pfd. — Mk., Flickgans — Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,15 Mk., Schweinskopf Pfd. 60 Pfg., Wurst Pfd. 1,30—1,50, Eier Stck. 7½—8 Pfg., Heringe — Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg. Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk. Schleie 1,20—1,30 Mk., Brachsen —,— Pf., Hechte Pfd. — Pf., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,70—1,00 Mk. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl der Kopf 30—40 Pf., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken. 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel. verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd Mk., Kirschen Pfd. 40—50 Pfg., Kartoffeln neue 10 Pfd. 1,00 Mk., Aland Pfd. — Pfg. Steinbutt, lebende Pfd. 70—80 Pfg. Spargel 1. Sorte 00—00 Pf., 2. Sorte 00 Pf. 3. Sorte 00—00 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Brautpaar sucht zum 1. oder 15. August neuzeitl. einger. **Zwei-Zimmer-Wohnung.** (2002
Ang. u. **B M** an die Exp. d. Bl.

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
loses Pfd. **1.40** Mk. (2003

Deutscher
Transportarbeiterverband
Mitgliedschaft Lübeck.

Die gemeinschaftliche Mitgliederversammlung findet nicht am kommenden Dienstag, sondern am
Montag, d. 22. Juli
statt. (1997) **Der Vorstand.**

Hierdurch mache ich die ergebene Anzeige, daß ich das von meinen Onkeln 1837 gegründete
Glas-, Porzellan-, Steingut-, Haus- und Küchengeräte-Geschäft
Firma **Gebr. Steder,**
Hüxstrasse 93, Ecke Schlumacherstraße
am 1. Juli käuflich übernommen habe und dasselbe unverändert weiterführe.

Ich bitte freundlichst, das genannter Firma bisher entgegengebrachte Vertrauen auf mich gütigst übertragen zu wollen; durch erstklassige Ware, Reellität und das Bestreben, meiner werten Kundschaft nur das Beste zu bieten, werde ich bemüht sein, das Renommee der Firma auch fernerhin aufrecht zu erhalten.

Mit Hochachtung
Karl Steder
in Firma **Gebr. Steder.**
2001)

Zu haben in Apotheken und Drogerien.
(1995

Friedr. Beuch
1834) **Tischlermeister**
wohnt jetzt **St. Johannis 22.**
Fernsprecher 3106.

Die Witwe **Dorothea Peters,** geb. Klempau, geb. 26. Juli 1874 zu Krummesse, wohnhaft zu Lübeck, Balauerfohr 35, pt., Flügel, ist eine anständige und ehrliche Frau. (2000
Theodor Wentzel.

Kalnbergs
Variété u. Kabarett.
2007) **Ab Dienstag:**
Nur noch wenige Tage:
Budapester Ensemble.

Zwei Arbeiterfrauen
zur Ernte gesucht.
1999) **Schlüter, Genin.**

Hansa-Theater.
Dir. R. Gollbach. Anf. 8½ Uhr.
Gastspiel des 2005
Kleinen Theaters aus München.
Dir. Dr. Gust. Quedenfeldt.
Dienstag, den 16. Juli:
Programmwechsel:
„Cousin Pampulette"
„Zimmer Nr. 69"
„Weiße Woche"
bleibt auf allgemeinen Wunsch noch auf dem Spielplan.
Preise wie gewöhnlich, Vorverkauf bei Sager.